

BACHELORARBEIT

Die (Re-)Moralisierung von Armut. Funktionalismus des deutschen Unterschichtendiskurses

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Kulturalisierung von Armut,
wie sie u. a. in der Debatte um die „neue Unterschicht“ zu finden ist

Vorgelegt von: **Mike Retz**

Bereuender Gutachter: **Sebastian Fischer**

Zweitgutachter: **Prof. Dr. Dirk Lange**

Oldenburg, den 29. September 2010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Diskurse sozialer Exklusion (RED, SID und MUD)	8
2. Die Darstellung der Unterschicht in Medien und Wissenschaft	11
2.1 „Das wahre Elend“. Die mediale Inszenierung der Unterschicht.....	12
2.1.1 Die Verwahrlosung der Unterschicht	13
2.1.2 Bildungsarmut	15
2.1.3 Die „Unterschichtskultur“	16
2.1.4 „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder“. Die Demografisierung und Ethnisierungen der Unterschichtendebatte	17
2.2 Die wissenschaftliche Einbettung	18
3. Die kulturalistische Konstruktion der „neuen Unterschicht“ und ihre historisch-politische Einordnung	23
3.1 Die mediale Konstruktion der „neuen Unterschicht“	24
3.1.1 Die methodische Inszenierung der Unterschicht	25
3.1.2 Die inhaltliche Inszenierung der Unterschicht	26
3.2 Soziale Ungleichheit in der Deutung der kulturalistischen Klassentheorie	28
3.3 Alter Wein in neuen Schläuchen. Die Wiederkehr bekannter Klassifikationen.....	31
3.3.1 Die „unwürdige“ Armut	31
3.3.2 Underclass und „Culture of Poverty“. Der US-amerikanische Unterschichtendiskurs	33
3.3.3 Sozialstaatsmissbrauch im Diskurs der bundesdeutschen Nachkriegszeit.....	37
4. Der Funktionalismus des Unterschichtendiskurses	39
4.1 Der Adressat Mittelschicht.....	40
4.1.1 Die verunsicherte Mitte	40
4.1.2 Die Bedeutung der Mitte	43

4.1.3	Distinktion und Disziplinierung der Mitte.....	45
4.2	Die sozialpolitischen Tendenzen in dem Diskurs	47
4.2.1	„Die Neuerfindung des Sozialen“. Sozialpolitik unter dem Aktivierungsparadigma	47
4.2.2	Die „neue Unterschicht“ im Kontext sozialstaatlicher Transformation	49
	Schluss	53
	Abkürzungsverzeichnis	57
	Literatur	58

*„Wenn Du eine Gesellschaft begreifen willst,
dann schaue Dir an, wie sie mit ihren Armen umgeht“*

(Castel 2008: 3)

Einleitung

„Es gibt keine Schichten in Deutschland“, so Franz Müntefering. „Es gibt Menschen, die es schwerer haben, die schwächer sind. Das ist nicht neu. Das hat es schon immer gegeben“ (o. V. 2006b). Damit reagierte Müntefering 2006 auf Äußerungen des damaligen SPD Parteivorsitzenden Kurt Beck, der in einem Zeitungsinterview von einem zunehmenden „Unterschichten-Problem“ (Schmid; Schmiese 2010: 4) sprach. Mit diesem Interview und einer zeitgleich erschienenen Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) entstand eine sog. Unterschichtendebatte, in der sich Medien und Politik wochenlang mit der Frage befassten, ob in den vergangenen Jahrzehnten eine „*neue Unterschicht*“ entstanden sei, die den sozialen Zusammenhalt der deutschen Gesellschaft bedrohe. Nach der Meinung einiger Protagonist_innen¹ herrsche in dieser „*neue Unterschicht*“ Gleichgültigkeit, Verwahrlosung und Bildungsarmut vor. Entstanden sei diese Schicht vor allem durch die Generosität des Sozialstaates, der eine „*Kultur der Abhängigkeit*“ oder eine „*Kultur der Armut*“ hervorgebracht habe. Der Passivität der Leistungsempfänger_innen müsse mit einer „neuen Politik der Unterschicht“ (Nolte 2005: 71) begegnet werden – so die Forderung.

Mit solchen kulturalistischen Deutungen materieller Deprivation, die strukturelle Probleme individualisieren und Armut nicht auf ungleich verteilte Ressourcen, sondern auf eine klassenspezifische Mentalität zurückführen, werde ich mich in dieser Arbeit befassen. Derartige Darstellungen finden sich in der deutschen Unterschichtendebatte ebenso wie im US-amerikanischen Diskurs über die *Underclass* und die „*Culture of Poverty*“, als auch in der öffentlichen Auseinandersetzung mit den „*gefährlichen Klassen*“ im frühindustrialisierten 19. Jahrhundert.

¹ „Durch unsere Sprache und Wortwahl wird ein Objekt nicht nur ‚bezeichnet‘, sondern auch beschrieben und bewertet. Sprache und Wortwahl beeinflussen somit auch die Bedeutung und Bewertung eines Objektes bei denen, die die Worte empfangen“ (Tunnat 2005). Dem wird in dieser Arbeit mit einer geschlechtersensiblen Sprache Rechnung getragen. Dazu wird hier der Unterstrich verwendet, der auch Geschlechterentwürfe berücksichtigt, die sich nicht in die binäre Norm der Zweigeschlechtlichkeit einordnen wollen oder können. Der Unterstrich lässt somit einen sichtbaren Freiraum für Identitäts- und Geschlechtsverortungen jenseits der Kategorien „Mann“ und „Frau“.

Aber warum sollte man sich sozialwissenschaftlich mit einer Mediendebatte, wie die der „*neuen Unterschicht*“, auseinandersetzen? Diese Frage erscheint berechtigt, zumal es sich hierbei um einen Diskurs handelt, der bereits vier Jahre zurückliegt: Zum einen bin ich der Meinung, dass mit dieser Debatte ein Paradigmenwechsel im diskursiven Umgang mit materieller Deprivation in der Bundesrepublik eingeleitet wurde. Zum anderen haben solche Diskurse auch einen nicht unerheblichen Einfluss auf die soziale Realität der Betroffenen – sei es durch Ressentiments, die ihnen aufgrund der diffamierenden Darstellungen im Alltag entgegengebracht werden, oder sei es durch die sozialpolitischen Handlungen, die daraus erwachsen.

Ich halte eine kritische sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Unterschichtendiskurs aber auch vor dem Hintergrund aktueller sozialpolitischer Diskussionen für erforderlich. Kontroversen, die ähnliche Argumentationsmuster und Menschenbilder aufweisen, gab es zuletzt häufiger: da war die „Leistungsträger“-Debatte Peter Sloterdijks, in der er die „Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven“ (Sloterdijk 2009) beklagte; oder der „Eliten-Rassismus“ (Wiegel 2009: 27) Thilo Sarrazins, der wegen seines aktuellen Buches zwar stark in der Kritik steht, aber auch beachtlichen Zuspruch erfährt; und nicht zuletzt Guido Westerwelles Vorwurf „spätromischer Dekadenz“ (Westerwelle 2010), mit dem er Anfang des Jahres versuchte, die „Schwachen“ (die *Working Poor*) gegen die „Schwächsten“ der Gesellschaft (Arme und Arbeitslose) auszuspielen. Da sich in all diesen Kontroversen Aspekte des Unterschichtendiskurses wiederfinden, wird die Analyse der Debatte von 2006 auch für die aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussionen fruchtbar sein.

In dieser Arbeit möchte ich untersuchen, welche Funktionen mit dem Unterschichtendiskurs von 2006 und ähnlichen Debatten verbunden sind. Dabei wird diese Arbeit von vier Thesen geleitet sein. *Erstens*: Die Kategorie der „*neuen Unterschicht*“ ist ein Rückgriff auf alte Klassifikationen, die in der Bundesrepublik bisher nur eine marginale Rolle gespielt haben. *Zweitens*: Diese und ähnliche Debatten, die von individualisierten Ursachen materieller Deprivation ausgehen, richten sich nicht primär an die betreffende Gruppe, sondern diese wird zu einem Objekt der Inszenierung, um den verunsicherten mittleren Schichten eine Abgrenzungsfolie zu bieten. *Drittens*: Die Ausbreitung von prekärer Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Armut, die sich in der Existenz der „*neuen Unterschicht*“ manifestieren, hat gleich-

zeitig disziplinierende Wirkung auf die Mittelschicht. *Viertens*: Mit dem vorgeblich massenhaft verbreiteten Phänomen von kulturalistisch verursachten Sozialstaatsabhängigkeiten werden Entsolidarisierungs- und Individualisierungsprozesse vorangetrieben, die sozialstaatliche Reformpolitik im Sinne einer Aktivierung legitimieren.

Die Arbeit ist in vier Abschnitte untergliedert. Der *erste Teil* beinhaltet einige Vorüberlegungen und gibt drei Diskurstypen sozialer Exklusion wieder. Diese Typen sollen der Arbeit einen Rahmen bieten. Daher wird im Verlauf dieser Arbeit immer wieder auf diese zurückgegriffen. Der *zweite Teil* beschreibt die mediale und wissenschaftliche Inszenierung der Unterschicht. Für den Medienteil wird auf Beiträge aus Tages- und Wochenzeitungen Bezug genommen; für den wissenschaftlichen Teil primär auf eine Schrift, die als wichtigster wissenschaftlicher Beitrag der Debatte betrachtet werden kann. Der *dritte Teil* behandelt die Konstruktion der „*neuen Unterschicht*“ und seine historische wie zeitgeschichtliche Einordnung. Zur Bearbeitung der Konstruktion werde ich mich (a) mit der Methodik der Darstellung befassen und (b) die zentralen Thesen der Debatte einerseits Erkenntnissen der Armutsforschung gegenüberstellen und andererseits mit einigen empirischen Daten zu zeigen versuchen, dass die Hauptthesen der Debatte sehr fragwürdig erscheinen. Zur historischen wie zeitgeschichtlichen Einordnung werde ich Anknüpfungspunkte an die US-amerikanischen Debatten über die *Underclass* und die „*Culture of Poverty*“ sowie die „*gefährlichen Klassen*“ im 19. Jahrhundert suchen. Im *vierten Teil* befasse ich mich mit den Funktionen der Debatte. In der ersten Hälfte wird deren Adressat – die Mittelschicht – behandelt. Dazu werden sozialstrukturelle Entwicklungen, die Verunsicherung der Mittelschicht und die Bedeutung dieser für das bundesdeutsche Selbstverständnis aufgegriffen. Anschließend wird sowohl die Distinktions- als auch die Disziplinierungsfunktion der Unterschichtendebatte behandelt. In der zweiten Hälfte des letzten Teils wird der Wandel der Sozialpolitik beschrieben und abschließend das Wechselverhältnis zwischen den sozialstaatlichen Transformationsprozessen und dem Unterschichtendiskurs gezeigt.

1. Diskurse sozialer Exklusion (RED, SID und MUD)

„Sozialpolitik‘ ist immer auch ein sozialer Prozess der wissensvermittelten Herstellung sozialer Realitäten, der diskursiven Konstruktion gesellschaftlich akzeptierter ‚Wahrheiten‘.“

(Lessenich 2008: 54)

Georg Simmel zufolge ist „Armut nicht an und für sich, als ein quantitativ festzulegender Zustand zu bestimmen, sondern nur nach der sozialen Reaktion, die auf einen gewissen Zustand hin eintritt“ (Simmel 1992: 551f.). Soziale Ungleichheit ist demnach nicht rein objektiv, sondern es bedarf immer einer klassifizierten Zuordnung bzw. Anerkennung der Ungleichheit. Dies ist nicht nur symbolisch zu verstehen, sondern ist wirkungsmächtig und hat reale materielle Konsequenzen für die Betroffenen. Erst durch ihre Problematisierung oder Skandalisierung werden soziale Ungleichheiten zu einem sozialen und politischen Sachverhalt (vgl. Klein et al. 2005: 47). Dabei ist es aber entscheidend, welche Interpretationen zugrunde liegen. Klassifikationen können Solidarität hervorrufen, durch welche die schlechte soziale und materielle Lage von sozialen Gruppen und Individuen kritisiert werden, oder sie können zur Diffamierung beitragen, welche die Lage auf die Faulheit oder Mentalität der Betroffenen zurückführt (vgl. Neckel; Sutterlüty 2005: 410). D. h., diskursive Klassifikationen haben einen substanziellen Einfluss auf die Konstruktion einer sozialen Lage und damit auch auf den gesellschaftlichen Umgang mit dieser.

In Anlehnung an Ruth Levitas unterscheiden Klein et al. (2005) drei verschiedene Diskurstypen bzw. -perspektiven, die gleichzeitig „Formen der Deutung“ wie auch „politische Bearbeitung sozialer Exklusion“ (Chassé 2010: 166) beschreiben. Sie unterscheiden zwischen einem *redistributionist egalitarian discourse* (RED), einem *social integrationist discourse* (SID) und einem *moral underclass discourse* (MUD). Alle drei Typen/Perspektiven sollen im Folgenden kurz bestimmt werden und dienen

während der Arbeit als kleiner Rahmen. Daher wird an gegebener Stelle immer wieder auf diese Diskurstypen zurückzukommen sein.

Der egalitätsorientierte Redistributionsdiskurs (RED): Im ersten Ansatz wird Ungleichheit als extern verursacht begriffen. „Der Mangel der Exkludierten besteht demnach darin, dass ihnen symbolische und materielle Ressourcen vorenthalten werden“ (Klein et al. 2005: 48), wovon wiederum andere Akteure profitieren. Diese Perspektive bleibt aber nicht auf der Ebene materieller Armut stehen, sondern es werden auch Machtverhältnisse und Aspekte kulturellen und sozialen Kapitals mit berücksichtigt, wie auch Diskriminierung und andere Formen ungleicher Behandlung von Individuen. Der Begriff der Exklusion wird in diesem Kontext dann auch eher als ein „Kampfbegriff“ gebraucht, mit dem strukturell und gesellschaftlich verursachte Ausgrenzung benannt und kritisiert werden kann (vgl. ebd.: 49).

„Der RED-Ansatz, so lässt sich zusammenfassen, versteht ‚Exklusion‘ als einen Herrschafts-Modus und Effekt strukturierter Ungleichheit. Er bleibt dabei ein Ansatz, der sich auf die sozialen und kulturellen Klassenstratifizierungen und -kämpfe richtet, bzw. auf jene vertikalen Auseinandersetzungen, die wesentlich durch die zentralen, wechselseitig verwiesenen Dimensionen struktureller Ungleichheit – sprich: ‚class, gender und race‘ – vermittelt sind“ (ebd.: 50).

Der erwerbsarbeitszentrierte Inklusionsdiskurs (SID): Bei der zweiten Perspektive handelt es sich um einen beschäftigungs- und individualzentrierten Ansatz. Es wird davon ausgegangen, dass es den von Exklusion betroffenen Personen an passenden Kompetenzen mangelt, die aktuell am Arbeitsmarkt nachgefragt werden (vgl. ebd.: 48). Daher wird hier darauf abgezielt, die Defizite der Betroffenen zu beheben, zu kompensieren oder zumindest zu reduzieren. Es handelt sich dabei um einen „dichotomisierten Ansatz“ (ebd.: 50), der die Gesellschaft in Ein- und Ausgeschlossene aufteilt und das Ziel verfolgt, die Exkludierten (wieder) in die Mehrheitsgesellschaft zu integrieren (vgl. ebd.).

Dem SID-Ansatz liegt die Aktivierungsidee (vgl. dazu Kap. 4.2.1 in dieser Arbeit) zugrunde, wie sie in der Bundesrepublik in der Hartz-Gesetzgebung zu finden ist: „SID legitimiere die vorgeblich fördernden Aspekte der Aktivierung“ (Klein et al. 2005: 48). Die Vorschläge zur Behebung der „Probleme“ richten sich auf das Individuum und nicht darauf, gesellschaftliche Strukturen zu verändern. Damit „verdunkelt“ SID die relationalen Machtpositionen dominanter Klassen und ihre

Strategien zur Aufrechterhaltung und Monopolisierung ihrer Machtressourcen und Privilegien“ (ebd.: 51).

Der kulturalistische „Underclass“-Diskurs (MUD): Bei MUD wird Exklusion als deviantes Verhalten und Wertorientierung der Subjekte interpretiert. Demnach habe Armut individuelle Ursachen, die auf eine „Kultur der Abhängigkeit“ durch wohlfahrtsstaatliche Leistungen zurückzuführen ist. Damit verbunden sei eine Verwahrlosung der Exkludierten genauso wie die intergenerational weitergetragenen kulturellen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen (vgl. ebd.: 53). Exklusion wird „weniger durch ihre sozio-ökonomische Position als durch ihr moralisches Handeln und kulturelles ‚Sein‘ bestimmt“ (ebd.: 52). MUD ist die Entkoppelung von „gesellschaftlichen Verhältnissen und individueller ‚Verfasstheit‘ [...]. Verhältnisse werden dabei tendenziell naturalisiert und damit Forderungen nach gesellschaftlichen Veränderungen entzogen“ (ebd.: 53).

Die Struktur- und Machtperspektive, die im RED-Ansatz noch vorhanden war, ist bei MUD ebenso wenig wie bei SID zu finden. Der Gedanke des „Fördern und Fordern“ spiegelt sich gewissermaßen in den Ansätzen SID und MUD wider. Der strafende Aspekt (Fordern) bezieht sich dabei auf MUD, während der fördernde Aspekt auf SID verweist. Zusammenfassend lassen sich die verschiedenen Diskurs-Paradigmen auf die kurze Formel bringen: „In RED, they have no money; in SID they have no (paid) work; in MUD they have no morals“ (Levitas 2003 zit. n. Klein et al. 2005: 49).

2. Die Darstellung der Unterschicht in Medien und Wissenschaft

„Deutschland hat hier ein zunehmendes Problem. Manche nennen es ‚Unterschichten-Problem‘. Die Gesellschaft hat an Durchlässigkeit verloren. Das ist eine Entwicklung, die wir dringend ändern müssen. Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie finden sich mit ihrer Situation ab. Sie haben sich materiell oft arrangiert und ebenso auch kulturell.“

Kurt Beck im Interview mit der FRANKFURTER ALLGEMEINEN SONNTAGSZEITUNG (FAS) (Schmid; Schmiese 2010: 4)

Die Unterschichtendebatte von 2006 bekam bereits einige Jahre zuvor entscheidende Impulse. Mit seiner Monografie *Generation Reform* (2005) und mehreren Interviews und Gastbeiträgen in Tages- und Wochenzeitungen gab der konservative Sozialhistoriker Paul Nolte einen wichtigen Anstoß für die Debatte und machte damit die Thesen der „*neuen Unterschicht*“ populär. Starke Resonanz erfuhr diese aber erst durch die Äußerungen Kurt Becks in dem besagten FAS-Interview (s. o.).

Verstärkt wurde die mediale Aufmerksamkeit durch eine – wohl nicht zufällig² – parallel veröffentlichte Milieustudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die die „Einstellungen der Bundesdeutschen zu den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen“ (FES 2006) mit dem Ziel untersuchte, die „Wertepreferenzen in der Bevölkerung“ (ebd.) zu ermitteln. Bemerkenswert an dieser Studie war vor allem, dass dort ein „*abgehängtes Prekariat*“ ausfindig gemacht wurde, das durch „sozialen Ausschluss und Abstiegsenerfahrungen“ (ebd.) geprägt sei und bundesweit acht Prozent – für die ostdeutschen Bundesländer sogar 25 Prozent – ausmache (vgl. ebd.).

² Lessenich (2006) verweist darauf, dass Becks Äußerung als Versuch zur Schaffung neuer Koalitionsoptionen der SPD zu verstehen sei (vgl. dazu Kap. 4.1.2 in dieser Arbeit).

Die „*neue Unterschicht*“ und das „*abgehängte Prekariat*“ wurden in den Medien meist gleichgesetzt, obwohl die FES-Studie das Wort Unterschicht nicht einmal verwendet und die Friedrich-Ebert-Stiftung, wie auch die Autor_innen der Studie, darauf verwiesen, dass beide Begriffe nicht synonym zu verstehen seien (vgl. FES 2006; Sturm 2006).

Ein Aspekt, der diese Debatte besonders auszeichnet, ist die Kulturalisierung von Ungleichheiten, die besonders bei Nolte (2005) und einigen anderen Autor_innen zu finden ist. Solche Positionen sind für deutsche mediale Ungleichheitsdiskurse relativ neu. Wie sich die kulturalistische Darstellung im Einzelnen ausprägt, wird in den folgenden beiden Unterkapiteln zu behandeln sein. Dazu wird zuerst die mediale Inszenierung der Unterschicht und anschließend die moralisierende Betrachtung Noltés dargestellt.

2.1 „Das wahre Elend“. Die mediale Inszenierung der Unterschicht

In den Medien wird die Unterschicht vielfach als verwaorlost, bildungsfern und arbeitsscheu beschrieben, aber auch vor Ethnisierungen wird nicht zurückgeschreckt. So wird die Unterschicht oft mit Migrant_innen aus dem türkisch-arabischen Kulturraum gleichgesetzt (vgl. Heinsohn 2006). Mangelnde Bildung, fehlende Eigeninitiative und „fürsorgliche Verwaorlosung“ (Nolte 2005) durch den Sozialstaat werden als Ursachen ausgemacht.

Für die Verdeutlichung der medialen Inszenierung werde ich mich primär auf die Debatte 2006 beziehen, bei einigen Aspekten aber auch aktuellere Beiträge einfließen lassen, da diese Punkte – wie bspw. die Ethnisierungen – 2006 zwar weniger von Bedeutung waren, dafür aber das öffentliche Bild von der Unterschicht dennoch prägen.

So, wie es zahlreiche diffamierende Beiträge gibt, so finden sich freilich auch kritische Stimmen in den Leitmedien (vgl. König 2006, o. V. 2006a). Da es hier aber um die diffamierende Darstellung der Unterschicht gehen soll, werden diese Beiträge ausgeklammert. Es werden insbesondere Artikel und Reportagen von Walter

Wüllenweber und Gabor Steingart zur Verdeutlichung der Unterschichtendebatte herangezogen, da diese in ihrer kulturalistischen Darstellung am deutlichsten sind. Andere mediale Beiträge beziehen sich zum Teil auf diese beiden oder sind in ihrer Beschreibung ähnlich.

Die Darstellung wird in folgende Aspekte aufgeteilt: erstens: *Die Verwahrlosung der Unterschicht*; zweitens: *Bildungsarmut*; drittens: die „*Unterschichtskultur*“; sowie viertens: *die Demografisierung und die Ethnisierung*.

2.1.1 *Die Verwahrlosung der Unterschicht*

Wenn von Verwahrlosung die Rede ist, dann sind damit vor allem Passivität, übermäßiger Fernsehkonsum, schlechte Ernährung, Adipositas, Erziehungsverwahrlosung und Promiskuität – bereits unter Jugendlichen – gemeint.

Der Fernsehkonsum in der Unterschicht sei im Vergleich zu anderen Schichten überdurchschnittlich hoch und besitze darüber hinaus einen höheren sozialen Stellenwert. „Der Fernseher strukturiert den Tag“ der Unterschichtler_innen, so Wüllenweber (2004).³ Dabei konsumierten sie vor allem anspruchlose Sendungen des Privatfernsehens. Harald Schmidt prägte hierfür den Begriff des „Unterschichtfernsehens“, über das er sich in seiner Late-Night-Show ausließ (vgl. Schirmmacher 2007: 15).

Der übermäßige Fernsehkonsum sei mit einer ausgeprägten Apathie bei den Unterschichtler_innen verbunden:

„In der Freizeit ist die Unterschicht vor allem passiv. Und wer von Stütze lebt, hat viel freie Zeit. Freunde treffen, im Internet surfen, etwas lernen, lesen? Alles Fehlanzeige. Unterschichtler verbringen ihre Freizeit vor allem mit Glotzen. Sie sind die Zuschauer des Lebens., (Wüllenweber 2004).

Bei ihren Kindern sehe es nicht viel besser aus:

„Unterschichtskinder, das haben Medienwissenschaftler herausgefunden, schauen nicht nur erheblich mehr fern als Gleichaltrige aus der Mittel- und Oberschicht. Sie bevorzugen billige Comics und Werbung. Die ‚Sendung mit der Maus‘ überfordert sie oft“ (ebd.).

³ Für seinen Beitrag „Das wahre Elend“ (2004) erhielt Wüllenweber 2005 den „deutschen Sozialpreis“ von der Bundesgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (vgl. Kessler et al. 2007: 8).

Neben Passivität und übermäßigem Fernsehkonsum sei Erziehungsverwahrlosung ein weiterer Aspekt, der die „*neue Unterschicht*“ auszeichne. Dies drücke sich zum einen in Beziehungsunfähigkeit der Unterschichtler_innen und zum anderen in der Vernachlässigung ihrer Kinder aus. Viele Mütter der Unterschicht ziehen ihre Kinder allein groß, so die Darstellung. Die Mütter, die meist mehrere Kinder von verschiedenen Vätern bekämen, seien mit der Erziehung überfordert und würden sich wenig um die Kinder kümmern. „Die Leute erziehen ihre Kinder hier oft nach der Kartoffelmethode: Die wachsen von alleine“ (ebd.) behauptet ein Sozialarbeiter in einem Stern-Beitrag von Wüllenweber.

Die Väter würden sich häufig ihrer Verantwortung entziehen und nicht für den Unterhalt ihrer Kinder aufkommen. Da sie meistens auf Sozialtransfers angewiesen seien, käme der Staat für die Unterstützung der alleinerziehenden Mütter und ihrer Kinder auf. Das sei auch ein Grund, warum viele Unterschichtsmänner nicht arbeiten würden, denn, wenn sie dies täten, wären sie unterhaltspflichtig und hätten trotz eines langen Arbeitstages genauso viel wie mit Hartz IV (vgl. ebd.). Auf der anderen Seite scheine die Entlassung der Väter aus der Verantwortung die hohe Zahl Alleinerziehender auch noch zu fördern. So meint Wüllenweber:

„Die Männer sind häufig nicht mehr die Ernährer der Familie. Diese Rolle übernimmt immer öfter der Staat. Das macht es den Partnern leichter, sich zu trennen. Männer und Frauen sind immer weniger eine ökonomische Einheit, immer weniger Schicksalsgemeinschaft, immer weniger Lebenspartner. Was bleibt, ist die Sexualität“ (Wüllenweber 2007b).

Pornografie und Promiskuität würden zum Alltag in Unterschichtswohnungen gehören.

„Wenn die Sozialarbeiter zu Besuch sind, flimmert in den Wohnstuben fast immer die Glotze. Doch nicht jedes Mal läuft dort der Nachmittagsmüll von RTL 2. Immer öfter kommt das Programm aus dem DVD-Spieler: Pornos. Und die Kinder sitzen mit auf dem Sofa“ (ebd.).

Die sexuelle Verwahrlosung der Eltern bzw. der Mütter – die ständig wechselnde Partner hätten – führe zu einer sexuellen Verrohung der Kinder im frühesten Alter. Kinder schauten sich die wildesten Sexpraktiken aus den Pornos ab, die sie im Internet oder bei ihren Eltern fänden. „Pornografie wird zur Leitkultur der Unterschicht“ (ebd.), wird Jakob Pastötter (Präsident der Deutschen Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Sexualforschung) von Wüllenweber zitiert.

Darüber hinaus sei die Unterschicht gesundheitlich besonders negativ betroffen. So seien Fettleibigkeit und chronische Krankheiten in der Unterschicht sehr verbreitet. Ihr Krankheitsrisiko sei doppelt so hoch im Vergleich zur Mittel- oder Oberschicht und sind „Angehörige der Unterschicht einmal erkrankt, verläuft ihr Heilungsprozess erheblich schlechter“ (Wüllenweber 2004).

Der Katalog der Verwahrlosung, der in den Medien vielfach zitiert wird, ist lang. Ein weiterer Aspekt, der die „*neue Unterschicht*“ auszeichnet, ist Bildungsarmut. Dieser Punkt spielt in der Unterschichtendebatte eine besondere Rolle, denn Bildung wird nicht nur als Ursache, sondern gleichzeitig als Lösung zur Beseitigung der Benachteiligung der Unterschicht betrachtet. Aufgrund der besonderen Bedeutung, die die Bildungsarmut in der Unterschichtendebatte einnimmt, wird dieser Aspekt in dem folgenden Unterkapitel behandelt.

2.1.2 *Bildungsarmut*

Eigentlich alle Autor_innen, die sich in Tages- und Wochenzeitungen mit der Herausbildung einer „*neuen Unterschicht*“ befassen, wie auch alle Politiker_innen, die sich zu diesem Thema äußern, sind sich in einem Punkt erstaunlich einig: Die Ursache der oben beschriebenen Verwahrlosung sei vor allem in mangelnder Bildung der Unterschicht zu sehen (vgl. Schirmacher 2007: 21).

Dabei scheine auch klar zu sein, dass Bildungsarmut materielle Armut als Ursache ausschließe. So meint etwa Wüllenweber: „Das Elend ist keine Armut im Portemonnaie, sondern die Armut im Geiste. Der Unterschicht fehlt es nicht an Geld, sondern an Bildung“ (Wüllenweber 2004). Materielle Armut scheint es in den „Wohnsilos der Unterschicht“ nicht zu geben. Denn die Unterschicht lebt schließlich in „geräumigen Wohnungen mit Einbauküche, Mikrowelle, Waschmaschine, Spülmaschine, Handy, meist mehreren Fernsehern und Videorecorder“ (ebd.). Daraus wird häufig gefolgert: Die Unterschicht sei nicht in der Lage mit Geld umzugehen.

Sie würde Geld nur in teure Elektrogeräte, Fastfood, Alkohol und Zigaretten investieren⁴ (vgl. Schirmacher 2007: 19).

So sei auch die Sozialpolitik der vergangenen Jahre, „Armut mit Geld zu bekämpfen“ (Wüllenweber 2004), gescheitert. Denn die Generosität des Sozialstaates wird als ein weiterer Aspekt für die Entstehung der Unterschicht konstatiert. Hans-Werner Sinn (Präsident des Ifo-Instituts) wird in der WELT so zitiert: „Es sei der Sozialstaat, der die Unterschicht überhaupt erst hervorgebracht habe“ (Siems 2009b).

Nach Auffassung einiger Autor_innen sei die „*neue Unterschicht*“ hinsichtlich ihrer mangelnden Bildungsaspiration auch vom historischen Proletariat zu unterscheiden. Der „Prolet des beginnenden Industriezeitalters“ (Steingart 2006a) gehörte einem klassenbewussten, bildungsbegierigen und stolzen Arbeitermilieu an, das sich „in Arbeitervereinen organisierte, die zugleich oft Arbeiterbildungsvereine waren“ (ebd.). Hingegen besitze die „*neue Unterschicht*“ nicht nur keine Bildung, sondern „strebt ihr auch nicht entgegen“ (ebd.).

2.1.3 Die „*Unterschichtskultur*“

Einige Autor_innen kulturalisieren die Ursachen der Armut in der Unterschicht. Sie sind der Meinung, dass sich über Jahrzehnte der Abhängigkeit eine eigene Kultur „mit eigenen Verhaltensweisen, eigenen Werten und eigenen Vorbildern“ entwickelt habe: „die Unterschichtskultur“ (Wüllenweber 2004). Diese wird ebenfalls als Ursache für ihre Deprivation angeführt und gleichzeitig strukturelle oder institutionelle Aspekte ausgeschlossen.

⁴ Diese Einschätzung zeigte sich auch in der aktuellen politischen Debatte um die Bildungsgutscheine für Kinder von Hartz IV-Empfänger_innen. Damit eine mögliche Regelsatzerhöhung der Kindersätze beim Arbeitslosengeld II (ALG II) auch bei den Kindern ankomme, plant die Bundesarbeitsministerin Ursula von der Layen (CDU) Guthaben für Bildungseinrichtungen an Bedürftige oder gar an alle Kinder auszugeben (vgl. o. V. 2010). Eine ähnliche Gutscheinforderung gab es bereits Ende 2009 im Zuge der Pläne zur Ausweitung der Betreuungsplätze für unter Dreijährige. Eltern, die ihre Kinder zu Hause erziehen, sollten ein Betreuungsgeld in Höhe von 150,- EUR erhalten. Da die Sorge nun groß war, dass besonders Familien mit einem Migrationshintergrund ihre Kinder extra zu Hause groß ziehen, um die 150,- EUR zu erhalten, wurde eine Gutscheinelösung in die Diskussion gebracht (vgl. Braun 2009). Diese Debatte wurde mit heftigen Stereotypen geführt. Der Berliner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky meinte zu einem Betreuungsgeld: „Zusätzliches Geld würde von den einen ‚versoffen‘, von den anderen für den Hausbau in der alten Heimat verwendet“ (Siems 2009b).

„Bislang glaubten Politik, Sozialwissenschaften und Gesellschaft: Die Lebensformen der Unterschicht und ihre Verhaltensweisen seien die Folge ihrer Armut. Genau das Gegenteil ist richtig: Die Armut [sic!] ist eine Folge ihrer Verhaltensweise, eine Folge der Unterschichtskultur“ (ebd., Hervorhebung im Original (H. i. O.))

Da viele Unterschichtler_innen schon über viele Jahre oder über mehrere Generationen von Sozialtransfers abhängig seien, wird hierfür die „Unterschichtskultur“ als ursächlich ausgemacht. Außerdem wird in diesem Zusammenhang häufig von „Sozialhilfedeckelung“ oder von „Sozialhilfedynastien“ gesprochen (vgl. ebd.).

2.1.4 *„In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder“. Die Demografisierung und Ethnisierungen der Unterschichtendebatte*

Die Demografisierung der Unterschichtendebatte ist eng mit der Zahl 40 Prozent Kinderlosigkeit unter Akademiker_innen verbunden. So titelt bspw. SPIEGEL ONLINE im September 2005: „Über 40 Prozent kinderlos. Akademikerinnen finden oft keinen Partner“ (Pötzsch 2005). Wüllenweber (2004) meint sogar, dass „Akademikerinnen [...] bereits heute zu über 44 Prozent kinderlos“ bleiben. Umgekehrt werden die Unterschichtsfamilien als besonders „gebärfreudig“ dargestellt, die nur Kinder bekämen, um zusätzliche Sozialtransferleistungen in Anspruch zu nehmen (vgl. Heinsohn 2006). Heinsohn nennt solche Sozialleistungen auch „Vermehrungsbeihilfen“ für die Unterschicht. In Anlehnung an den US-amerikanischen Politikberater Charles Murray – der die Debatte in den USA stark beeinflusst hat (vgl. dazu Kap. 3.3.2 in dieser Arbeit) – meint Heinsohn: „Die Bezahlung der Mutterschaft für arme Frauen führt zu immer mehr solchen Müttern“ (Heinsohn 2010).

Der FDP-Politiker Daniel Bahr sprach in dem Zusammenhang wohl als einer der ersten das aus, was viele vermeintliche „Leistungsträger_innen“ dachten. In einem Zeitungsinterview meinte er: „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder. Es ist falsch, dass in diesem Land nur die sozial Schwachen die Kinder kriegen“ (o. V. 2005). Auch wenn er sich für diese Äußerungen noch entschuldigen musste, so finden sich viele ähnliche Stimmen (bspw. Sarrazin (vgl. Hoffmann 2009) oder Heinsohn (2006) u.v.m.). Hier nur ein Beispiel von vielen:

„Gefördert werden muß nicht die Masse an Kindern, sondern das Bewußtsein jener Klasse, deren Nachwuchs wir dringend benötigen. Nicht die ohnehin bereits am staatlichen Tropf hängen, sollen

die Kinderlein kommen lassen. Wir brauchen starke Familien, die Werte vermitteln können. Wir brauchen ein reproduktives Bürgertum“ (Bessing 2006).

Aus solchen familienpolitischen Forderungen, die eine Ungleichbehandlung sozialer Milieus und damit eine Diskriminierung subalternen Klassen bedeuten, ist mit dem Umbau des Erziehungsgelds zum Elterngeld relativ schnell Regierungshandeln geworden.⁵

Die Demografisierung der Unterschichten-Debatte ist aber auch häufig mit einer Ethnisierung verbunden. In der Debatte 2006 hat das eher weniger eine Rolle gespielt, aber in der gesellschaftlichen Wahrnehmung ist dies weit verbreitet. Dabei wird immer wieder unterstellt, dass besonders unter den türkisch-arabischen Migrant_innen die Geburtenzahlen besonders hoch seien und gleichzeitig gebe es – im Unterschied zu Migrant_innen aus dem asiatischen Raum und Osteuropa – eine große Überschneidung zwischen der Unterschicht und Migrant_innen aus dem türkisch-arabischen Gebieten⁶ (vgl. Siems 2009a).

2.2 Die wissenschaftliche Einbettung

Viele der oben beschriebenen Charakterisierungen der Unterschicht wurden auch von Nolte ähnlich vorgebracht. Zum Teil hat er solche Darstellungen aber auch erst an-

⁵ Das Erziehungsgeld, bei dem alle Eltern gleich hohe Transferleistungen bekamen, wurde 2007 zum Elterngeld umgewandelt. Seither bekommen Eltern einkommensabhängig Transferleistungen (300,- EUR bei den unteren Einkommen bzw. Hartz-IV-Empfänger_innen und bis zu 1800,- EUR bei den oberen Einkommensgruppen) (vgl. Kemper 2010). Bundeskanzlerin Angela Merkel meinte zu dem Thema in einer Rede auf dem Arbeitgebertag 2006: „Das Elterngeld ist deshalb so interessant, [...] weil es zum ersten Mal die Entscheidung für ein Kind und die Möglichkeit, ein Jahr keine Berufstätigkeit auszuüben, an das vorherige Gehalt koppelt. Bis jetzt ist Unterstützung von Familien eigentlich immer eine Unterstützung der bedürftigen Familien gewesen“ (Merkel 2006).

⁶ Bei der Ethnisierung sind die Beiträge von Thilo Sarrazin besonders auffällig. Seine regelrecht sozialdarwinistischen diffamierenden Thesen zu türkischen und arabischen Migrant_innen, die er bereits im Herbst des vergangenen Jahres in einem Interview mit LETTRE INTERNATION darlegte (vgl. Berberich 2009) und in seinem kürzlich erschienenen Buch noch weiter ausführte, haben in der Öffentlichkeit für große Empörung gesorgt. Das mag wahrscheinlich an seinem äußerst scharfen Ton und seiner breiten Aufmerksamkeit liegen, doch seine Aussagen stoßen zum Teil auf großen Zuspruch in der Bevölkerung. So haben seinen Äußerungen aus dem LETTRE INTERNATION-Interview in einer Emnid-Umfrage 51 Prozent der Befragten zugestimmt und 69 Prozent waren der Meinung, dass er eine längst überfällige Integrationsdebatte angestoßen habe (vgl. Herrmann 2010: 156). Ähnliche Zustimmungswerte finden sich sicherlich auch nach der Veröffentlichung seines Buches.

gestoßen. So wird sich in diesem Diskurs – sowohl von Befürworter_innen als auch von Gegner_innen – immer wieder auf ihn berufen. Die wichtigsten Quellen der Abhandlung der „neuen Unterschicht“ Noltes sind – neben einigen Essays und Interviews in Tages- und Wochenzeitungen – seine Monographien *Generation Reform* (2005) und *Riskante Moderne* (2006). In Letzterer findet sich wenig Neues über die Unterschicht, daher werde ich mich im Weiteren primär auf die erste Schrift beziehen. Diese ist aber kein Werk über die Unterschicht, sondern vielmehr eine Programmatik für eine „konservative Reform der Gesellschaft“ (Nolte 2005: 231). Die „neue Unterschicht“ nimmt daher auch nur einen beschränkten Raum darin ein. Dennoch sind seine Thesen und Forderungen so nachhaltig gewesen,⁷ dass Nolte als Vordenker und Stichwortgeber der Debatte bezeichnet werden kann.

Der wissenschaftliche Diskurs wird hier weniger Platz einnehmen als die mediale Darstellung, da es viele Überschneidungen gibt. Gewisse Redundanzen werden sich aber dennoch nicht vermeiden lassen, da die Bedeutung Noltes für diesen Diskurs herausgestellt werden soll. Vier Aspekte seiner Darstellung werden kurz beschrieben: *erstens*: sein klassengesellschaftliches Verständnis und sein Plädoyer für mehr „Klassenbewusstsein“; *zweitens*: die Verwahrlosung der Unterschicht und wie diese mit dem bürgerlichen Werteverfall zusammenhänge; *drittens*: die Forderung nach einer „neuen Politik der Unterschicht“; *viertens*: Noltes Sozialstaatsverständnis nach dem Prinzip „Verantwortung“.

Erstens: Nolte – der von einer „neu-alten Klassengesellschaft“ (ebd.: 35) spricht, die nicht mehr „in der Sphäre der Produktion und der Arbeit, sondern vielmehr im Konsum und i[m] Alltag“ (ebd.: 41) ihre Spaltungslinien findet – plädiert für mehr „Klassen-Bewusstsein“ (ebd.: 43). Die deutsche Gesellschaft habe zu lange an der „Langzeitutopie eines kollektiven Aufstiegs der Unterschichten“ (ebd.: 60) festgehalten. So fehle es der Bevölkerung ebenso wie der Politik an der Einsicht in dem Funktionalismus sozialer Ungleichheiten. Man müsse sich von „der Illusion verabschieden, die Armut abschaffen, die Unterschicht kollektiv zu einer bürgerlichen

⁷ Zu erwähnen ist, dass diese Schrift 2005 auch als Lizenzausgabe bei der Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht wurde und dort kostenlos zu beziehen ist (vgl. http://www.bpb.de/publikationen/3NXIRL,0,0,Generation_Reform.html, zuletzt geprüft am 15.09.2010). Die Erstausgabe erschien 2004 im C. H. Beck Verlag.

Mittelklasse machen oder soziale Ungleichheit überhaupt aufheben zu können“ (ebd.: 44). Das „Klassen-Bewusstsein“ solle bei der „Einsicht in die Realitäten der gesellschaftlichen Struktur“ (ebd.) helfen:

„Nüchtern betrachtet [...] heißt es nur, dass wir in Politik und Gesellschaft ein neu geschärftes Bewusstsein dafür brauchen, in einer Welt zu leben, die durch soziale Ungleichheit, durch Schichtung und Klassendifferenzen auf alte und neue Weisen immer noch maßgeblich geprägt wird“ (ebd.).

Zweitens: Die Verwahrlosung der „*neuen Unterschicht*“ deckt sich bei Nolte weitestgehend mit der medialen Darstellung. In seiner Ursachenanalyse weicht er hingegen zum Teil von dem Schema der Leitmedien ab.

Als Defizite der Unterschicht führt Nolte an: „Ernährungsdefizite und Bewegungsmangel, Sprachdefizite und Bildungsrückstände, übermäßiger Fernseh- und auch Handykonsum“ (Nolte 2004 zit. n. Kessl et al. 2007: 12) sowie Übergewicht (vgl. Nolte 2005: 63). Diese sieht Nolte vor allem in einem allgemeinen Werteverfall begründet. Die über Jahrhunderte bewährte „kulturelle Orientierungsfunktion der Mittelschichten“ (ebd.: 56) habe sich abgeschwächt und an Integrationskraft verloren. Seit den 1970er Jahren habe die Unterschicht immer mehr das Interesse verloren, sich an bürgerlichen Werten zu orientieren. Das „Leitbild der Verbürgerlichung“ (ebd.: 67) der unteren Schichten sei immer unattraktiver geworden. „Warum sollte man sonntags im guten Anzug auf die Straße gehen, wenn es im Jogginganzug bequemer ist?“ (ebd.: 56).

Die „bürgerliche ‚Mitte‘“ habe aber nicht nur ihre „soziokulturelle Ausstrahlungskraft“ (ebd.: 47) verloren, sondern die Orientierungsfunktion habe sich regelrecht pervertiert. Es scheint Nolte so, als würden „die soziokulturellen Diffusions- und Adaptionsprozesse heute anders herum verlaufen: nicht mehr ‚von oben nach unten‘, sondern ‚von unten nach oben‘“ (ebd.: 56).

Für diese Entwicklung sei letztlich der „Aufstieg der neuen Massenkultur“ (ebd.: 62) mit verantwortlich:

„Sie hat ein Zielgruppenmedium entstehen lassen, das aber nicht nur die Präferenzen bestimmter sozialer Schichten widerspiegelt, sondern diese Schichten im Medienkonsum teilweise selber erst hervorbringt“ (Nolte 2006: 100).

Drittens: Nolte fordert einen anderen Umgang mit der Unterschicht, eine Abkehr von der „fürsorgliche[n] Vernachlässigung“ (Nolte 2005: 68) des alten versorgenden Sozialstaats, der eine „Unterschichtenkultur“ (ebd.: 64) hervorgerufen habe. Man solle die Unterschicht nicht auf sich allein gestellt lassen, sondern auf ihr Verhalten einwirken. Es müsse um eine „neue Politik der Unterschichten“ (ebd.: 71) gehen, die an der „bürgerlichen Leitkultur“ (ebd.: 73) orientiert sei:

„Das Ziel muss es wieder sein, Kulturen der Armut und der Abhängigkeit, des Bildungsmangels und der Unselbstständigkeit nicht sich selber zu überlassen, sondern in sie zu intervenieren, sie herauszufordern und aufzubrechen. [...] Es geht erstens um Integration in die Mehrheitsgesellschaft, zweitens aber auch – für viele ein heikleres Thema – um die Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder“ (ebd.: 69).

Wie im medialen Diskurs, sieht Nolte auch eine wichtige Aufgabe zur Überwindung eine „Kultur der Armut und der Abhängigkeit“ in der Bildungspolitik. Diese sei „wahrscheinlich das wichtigste Feld, auf dem dieser neue Ansatz konsequent verfolgt werden“ (ebd.) könne.

Zur (Re-)Integration der Unterschicht in die Mehrheitsgesellschaft bedürfe es keiner zusätzlichen Zuwendungen. Denn, die „Kultur und der Lebensstil der Unterschichten“ habe sich „in weiten Bereichen von der ökonomischen Basis, von materiellen Notlagen längst entkoppelt“ (ebd.: 65). Wer sich Gameboys, Premiere-Abos und die neusten DVDs leisten könne, dem mangle es weniger an materiellen als an kulturellen Ressourcen (vgl. ebd.). Daher sei eine neue Sozialpolitik auch nicht einfach durch einen höheren Sozialertrag zu erreichen, sondern bedürfe erzieherischer Maßnahmen: einer Politik des „Forderns und Förderns“, die an einer Leitkultur der Mitte orientiert sei (vgl. Nolte 2003).

Viertens: Das „Reformprojekt einer neuen bürgerlichen Gesellschaft“ (Nolte 2005: 127), das als Reform des Sozialstaates zu verstehen sei, müsse mit einem Mentalitätswandel einhergehen. Dieser Mentalitätswandel solle an dem „Prinzip der Verantwortung“ (ebd.) orientiert sein. Das „beinhaltet die Verantwortung für die eigene Lebensführung“, genauso wie die „Verantwortung für Dritte, aus der sich immer größere Teile der Bevölkerung inzwischen zurückgezogen“ hätten (ebd.).

Damit wird implizit auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft hervorgehoben. Die Zivilgesellschaft solle dort einspringen, wo der Sozialstaat versage. Aber die Ermöglichungsvoraussetzung zivilgesellschaftlichen Engagements sieht Nolte in einer

materiellen Differenzierung der Gesellschaft. Denn dort, wo nach gesellschaftlichem Egalitarismus gestrebt werde, sei eine zivilgesellschaftliche Entwicklung immer blockiert worden (vgl. Nolte 2005: 127, 89).

Aus der skizzierten Darstellung der Unterschicht sollte deutlich geworden sein, dass diese Debatte – sowohl medial, als auch wissenschaftlich – als ein *kulturalistischer* „*Underclass*“-Diskurs (MUD) einzuordnen ist. Die Thematisierung von Verwahrlosung, die Individualisierung und Moralisierung der sozialen Lage der Unterschicht sowie das Ausklammern von gesellschaftlich-strukturellen Ursachen verweist eindeutig auf eine MUD-Interpretation.

3. Die kulturalistische Konstruktion der „neuen Unterschicht“ und ihre historisch-politische Einordnung

„Das Brechen mit“ einer „Tradition der Systematisierung von Verachtung der Armen und der niederen Schichten scheint keineswegs einfach. In der Geschichte der Armutsforschung zeigt sich kaum ein ‚Lernprozess‘, viel eher ein Muster, in dem ‚Gegenaufklärung‘ und ‚Dialektik der Aufklärung‘ zusammengehen“

(Cremer-Schäfer 2006: 52)

Das, was hier beschrieben wurde, lässt sich als konstruierte Inszenierung der Unterschicht bezeichnen. Das Zusammenspiel von Unwissenschaftlichkeit und Diskreditierung von materieller Deprivation führt zu einer äußerst fragwürdigen Behandlung von Ungleichheitsphänomenen. Der empiriearmen medialen und wissenschaftlichen Darstellung der „neuen Unterschicht“ ist in ihrer Ausführung in vielerlei Hinsicht zu widersprechen.

Zu kritisieren ist nicht die Behauptung der Existenz einer Unterschicht an sich – wie es zum Teil von einigen Spitzenpolitiker_innen getan wurde –, sondern die Moralisierung und Individualisierung ihrer sozialen Lage und die damit einhergehende verdrehte Ursachenanalyse, die von einer Selbstverschuldung der Armutslage bzw. von kulturellen Ursachen ausgeht. Diese diffamierende Darstellung wird von ihren Kritiker_innen als *kulturalistische Klassentheorie* bezeichnet (vgl. Butterwegge 2009a, Chassé 2010, Kemper; Weinbach 2009, Kessl 2005, 2007, Wagner 2009), da diese nahezu ausschließlich auf horizontal-kultureller Ebene argumentiert und vertikale wie strukturelle Aspekte fast vollständig außen vor lässt. Dieses Argumentationsmuster ist aber soziologisch wie gesellschaftspolitisch ganz und gar nicht neu.

Im soziologischen Diskurs fällt diese Argumentation hinter die Ungleichheitsdebatten der 1980er und 1990er Jahre zurück. Während in der heutigen Soziologie

weitgehend Einigkeit darüber herrscht, dass sowohl die alten Klassen- und Schichttheorien – die meist ausschließlich auf vertikale Ungleichheitsphänomene setzten – genauso unzureichend sind wie die Milieutheorien der 1980er und 1990er Jahre, die eine Überhöhung der horizontalen Ungleichheitsaspekte kennzeichnete (vgl. Geißler 1996, Burzan 2007).

Gesellschaftspolitisch ist die Debatte über die „*neue Unterschicht*“ sowohl ein Rückgriff auf historische als auch US-amerikanische Klassifikationen. Die moralisierenden Diskurse über die „*unwürdigen Armen*“, die sich bis in das Mittelalter zurückverfolgen lassen und eine wichtige Rolle im frühindustrialisierten 19. Jahrhundert spielten, weisen ebenso Schnittmengen wie der reaktionäre US-amerikanische Diskurs über die *Underclass* und der „*Culture of Poverty*“ auf.

In diesem Kapitel soll *erstens* die Konstruktion der „*neuen Unterschicht*“ sowohl methodisch als auch theoretisch und empirisch behandelt werden. *Zweitens* wird der kulturalistische Charakter dieser Debatte beschrieben und *drittens* die Parallelität zwischen der deutschen Unterschichtsdebatte und den US-amerikanischen Diskursen sowie denen des 19. Jahrhunderts gezeigt werden.

3.1 Die mediale Konstruktion der „neuen Unterschicht“

Der Diskurs über die „*neue Unterschicht*“ ist primär eine Mediendebatte, bei dem insbesondere die Nachrichtenmagazine STERN und DER SPIEGEL sowie die Tageszeitung DIE WELT eine wichtige Rolle spielen. Wissenschaftlich wird diese Kategorie meist nur in der Kritik an ihr aufgegriffen (vgl. Butterwegge 2009a, Chassé 2010, Kessl 2005, 2007, Wagner 2009). Ausnahmen stellen einige wenige Wissenschaftler_innen dar – hier besonders Paul Nolte, auf den im anschließenden Kapitel noch einmal ausführlicher zurückzukommen sein wird. Bei der Auseinandersetzung mit der Unterschichtendebatte kann es nicht um eine umfassende Dekonstruktion gehen (vgl. dazu Chassé 2010, Kessl 2007, Wagner 2009) – zumal dies auch nicht das primäre Ziel dieser Arbeit ist. Hier sollen lediglich einige zentrale Argumente

und die Methodik der Debatte problematisiert und diskursiv wie empirisch infrage gestellt werden.

3.1.1 Die methodische Inszenierung der Unterschicht

Die oft als Reportagen angelegten Darstellungen der Unterschicht (vgl. bspw. Lugert 2007, Wüllenweber 2004) zeichnen sich durch Einzelfalldarstellungen und – wenn überhaupt – nur durch wenige oder wenig belegte Zahlen aus. Auf diese Methodik verweist Uske bereits 1995 im Bezug auf den medialen Umgang mit Sozialkriminalität der 1980er und 1990er Jahre in der Bundesrepublik. Im Diskurs über die „*neue Unterschicht*“ spielt die Einzelfalldarstellung eine ebenso wichtige Rolle wie im „Drückebergdiskurs“, den Uske untersucht. Meist werden besonders extreme Einzelfälle zur Beweisführung herangezogen. Die angeführten Beispiele bedienen Stereotypen, die in einen Kontext eingebettet werden, der dem Rezipienten das Gefühl vermittelt, „nur einen winzigen Ausschnitt aus einer Kette von Beispielen“ (Uske 1995: 55) vorgeführt zu bekommen. Die Einbettung von wenigen Einzelfällen suggeriert, dass es sich um ein gesellschaftlich weitverbreitetes Phänomen handelt (vgl. ebd.: 53–55).

Wissenschaftler_innen werden in der Mediendarstellung nur als Stichwortgeber herangezogen und Studien fließen meist abstrakt oder ohne nachvollziehbare Quellen in die Darstellung ein, um der Zuschreibung Seriosität zu verleihen. Da heißt es dann bspw.: „Wir wissen mittlerweile eine ganze Menge über die Unterschichtler von heute“ (Steingart 2006a); oder: wie „Medienwissenschaftler herausgefunden [...]“ haben (Wüllenweber 2004); oder: dies „beobachten Sozialforscher mit Sorge [...]“ (Wüllenweber 2007a). Wissenschaftler_innen tauchen nur als Typus auf und selten konkret als Personen, deren Behauptungen überprüfbar wären. Spätestens, wenn es um die Hauptthesen geht, werden empirische Befunde rar.

Ähnlich wie die mediale Inszenierung verhält es sich mit der Darstellung bei Nolte (2005). Dort findet sich zu der These der Entstehung einer „*neuen Unterschicht*“ nicht eine einzige Zahl. Oder wie Wagner es ausdrückt: „Noltes Thesen werden über weite Strecken nur mit alltagstheoretischen Annahmen unterfüttert und nicht mit empirischen Daten“ (Wagner 2009: 34).

Die mediale Darstellung der „*neuen Unterschicht*“ wird durchweg mit fragwürdigen Methoden betrieben. Auch wenn in Reportagen der Nachrichtenmagazine STERN und DER SPIEGEL Einzelfalldarstellungen aus dramaturgischen Gründen üblich sein mögen, so wären Ergänzung durch empirisches Material unerlässlich, um von einem neuen Phänomen sprechen zu können. Da auch der wichtigste wissenschaftliche Stichwortgeber, Paul Nolte, ebenso wenige empirische Erkenntnisse zu dem Thema vorweisen kann, lässt das die Thesen über die „*neue Unterschicht*“ sehr fragwürdig erscheinen. Darauf soll im folgenden Teil noch weiter eingegangen werden.

3.1.2 Die inhaltliche Inszenierung der Unterschicht

Die zentralen Argumente der Passivität der Unterschicht und der „*Kultur der Abhängigkeit*“, wonach den Betroffenen jegliche Antriebskraft und Eigenverantwortung fehle, wie die Demografisierung des „Unterschichten-Problems“, sollen hier mit verschiedenen Befunden der Armutforschung und Zahlenmaterial begegnet werden.

Die Armutforschung „*from below*“ beschäftigt sich mit materieller Deprivation aus der Perspektive der Betroffenen, die dem Bild von passiven und apathischen Leistungsempfänger_innen widerspricht. Trotz ihrer materiellen und sozialen Benachteiligung zeigen die meisten Betroffenen einen großen Erfindungsreichtum, um mit ihrer desolaten Lage zurechtzukommen (vgl. ebd.: 35).

Es zeigt sich, dass viele von Armut Betroffene eher bereit sind, Beschäftigungsverhältnisse mit geringer Entlohnung und schlechten Arbeitsbedingungen hinzunehmen, als sich den erniedrigenden Behandlungen der Ämter auszusetzen. Stephan Leibfried geht in Bezug auf die vormalige Sozialhilfe davon aus, „dass 30 Prozent bis 50 Prozent an sich Hilfeberechtigter die Hilfe nicht in Anspruch nehmen“ (Leibfried 1997: 70, zit. n. Klein et al. 2005: 58). Auch die Ausweitung des Niedriglohnsektors der vergangenen Jahre (vgl. dazu Kap. 4.1.1. in dieser Arbeit) verweist darauf, dass zunehmend mehr Menschen bereit sind, zu schlechten Arbeitsbedingungen Beschäftigung anzunehmen. Das zeigt auch die große Nachfrage nach Arbeitsgelegenheiten (sog. Ein-Euro-Jobs) unter den Hartz-IV-Bezieher_innen, die eigentlich

arbeiten wollen, aber häufig keine passende Beschäftigung finden (vgl. Herrmann 2010: 133).

Die *dynamische Armutsforschung* widerspricht besonders einer statischen Vorstellung von Armutslagen, wie sie in der vermeintlichen Passivität, der „Unterschichtskultur“ und der Entstehung von „Sozialhilfedynastien“ zum Ausdruck kommt. Die Befunde der Bremer Arbeitsgruppe um Stephan Leibfried und Lutz Leisering verweisen darauf, dass Armut meist keinen Dauerzustand darstelle, sondern „oft, wenn auch keineswegs immer, eine vorübergehende Episode im Leben von Menschen“ (Leisering 2008: 125) sei. Armut werde demnach von den Betroffenen meist selbst überwunden und verursache in der Regel kein dauerhaftes Abhängigkeitsverhältnis (vgl. Wagner 2009: 38). Zahlen aus einer Analyse des *Sozioökonomischen Panels* für den Zeitraum von 1991 bis 1996 bestätigen diese Annahmen: Danach haben 59 Prozent der Transferleistungsbezieher_innen bereits nach einem Jahr den Bezug beendet; nach drei Jahren 78 und nach fünf Jahren 83 Prozent (vgl. Klein et al. 2005: 58). Für diejenigen, die länger auf Transferleistungen angewiesen sind, ist es weniger eine eingerichtete Bequemlichkeit, sondern meistens eher die mangelnden qualifikationsäquivalenten Stellenangebote, was auf Dauer zu Resignation führt (vgl. Brenke 2008: 683f.).

Die These von überdurchschnittlich vielen Großfamilien in der Unterschicht und besonders bei Migrant_innen lässt sich mit Zahlen der *Bundesagentur für Arbeit (BA)* und einer aktuellen Demografiestudie entkräften. Im April 2010 lebten in Bedarfsgemeinschaften des Rechtskreises des SGB II und SGB III⁸ im Durchschnitt 1,9 Personen. 33 Prozent dieser Bedarfsgemeinschaften hatten durchschnittlich ca. 1,7 Kinder (vgl. BA 2010: 23). Zwar sind hier nur die Kinder berücksichtigt, die ebenfalls im Leistungsbezug sind, aber das zeigt trotzdem, dass die Bedarfsgemeinschaften nicht so kinderreich sein können. Zu dem Kinderreichtum unter Migrant_innen sind die Ergebnisse der Rostocker Soziologin Nadja Milewski sehr interessant. Dort heißt es, dass sich Frauen mit Migrationshintergrund bereits in der zweiten Generation „anpassen“ und in der Regel nicht mehr Kinder als Frauen der Mehrheitsgesellschaft bekommen (vgl. Milewski; Vetter 2010).

⁸ Der Rechtskreis SGB II ist für das ALG II (Hartz IV) und das SGB III für das Arbeitslosengeld I (ALG I) zuständig.

Abgesehen von diesen Zahlen ist die Vorstellung, dass man Kinder bekäme, um zusätzliche Transferleistungen zu erhalten, allein deswegen relativ abwegig, weil hinreichend viele Untersuchungen (bspw. Der Paritätische Gesamtverband 2008: VII) gezeigt haben, dass der Regelsatz für Kinder im ALG II zu niedrig ist. Oder wie Herrmann es ausdrückt: „Kinder sind teuer, und die wahren Kosten werden vom Staat nicht abgedeckt. Das gilt ganz besonders für Hartz-IV-Empfänger, da das Sozialgeld für Kinder sogar noch unter dem Existenzminimum liegt“ (Herrmann 2010: 154).

In einigen wichtigen Punkten sollte deutlich geworden sein, dass die Thesen der „*neuen Unterschicht*“ nicht haltbar sind. Für andere Aspekte, die ihr zugeschrieben werden, finden sich ebenfalls Gegenbeispiele und gegenteiliges empirisches Material. Diese Punkte wurden hier nicht weiter verfolgt, weil es nur darum gehen sollte, exemplarisch zentrale Thesen infrage zu stellen.

Dem häufig geringen Bildungsgrad der betroffenen Gruppen wird hingegen nur schwer zu widersprechen sein, dennoch kann dies weder als substantielle Ursache der in der These der „*neuen Unterschicht*“ beschriebenen gesellschaftlichen Spaltung sein, noch kann ein höheres Bildungsniveau allein zur Überwindung beitragen. Auf die Rolle der Bildung in dieser Debatte wird nachfolgend zurückzukommen sein, nachdem der Diskurs und ihr theoretischer Hintergrund im Kontext sozialer Ungleichheitskonzepte eingeordnet wurde.

3.2 Soziale Ungleichheit in der Deutung der kulturalistischen Klassentheorie

Die Vorstellung einer Stratifikation oder Klassenspaltung der deutschen Gesellschaft nach 1945 war lange Zeit – und ist zum Teil immer noch – in der öffentlichen Wahrnehmung, wie in sozialwissenschaftlichen Diskursen der Bundesrepublik, wenig populär. Die wissenschaftlichen Ungleichheitsdebatten der 1980er und 1990er Jahre wurden vom Paradigma der *Individualisierung* oder *Differenzierung* dominiert, die von einem Ende der Klassengesellschaften in entwickelten kapitalistischen Staaten ausgingen (vgl. Geißler 1996: 320f.). Der wohl prominenteste Vertreter dieser Aus-

richtung, Ulrich Beck (1986: 122), sieht eine Analyse der Gegenwartsgesellschaft durch Klassen- und Schichtenmodelle genauso wie Milieutheorien als nicht mehr geeignet an.⁹ In seiner viel zitierten These des „Fahrstuhl-Effekts“ geht er zwar nicht von einer Auflösung oder Konvergenz sozialer Ungleichheiten im Sinne einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1965: 332) aus, sondern von einer Kontinuität der sozialstrukturellen Gliederung der Gesellschaft. Diese wird aber durch Bildungsexpansion, Mobilitätsfaktoren und Einkommensentwicklungen „*insgesamt* eine Etage höher gefahren“ (Beck 1986: 122, H. i. O.).

Diese These war sozialwissenschaftlich lange Zeit sehr verbreitet und hatte auch schnell Einzug in die Feuilletons der Leitmedien gehalten. Mittlerweile hat die Dominanz der Individualisierungsthese nachgelassen – wohl nicht zuletzt durch eine Zunahme von Ungleichheiten in der Bundesrepublik. Vielfach ist man zu Klassen- und Schichtmodellen oder Milieuansätzen zurückgekehrt, die meist horizontale oder vertikale Ungleichheitsphänomene kombinieren. Hier ließe sich bspw. die Theorie des *sozialen Raums* von Pierre Bourdieu oder die *relationale Klassentheorie* von Michael Vester nennen (vgl. Burzan 2007).

Paul Nolte, der von einer „neu-alten Klassengesellschaft“ (2005: 35) spricht und für mehr „Klassen-Bewusstsein“ (ebd.: 43) plädiert, bedient sich zwar einer klassentheoretischen Rhetorik, die aber – ähnlich wie die Individualisierungstheorie – von einer stark überhöhten Horizontalität der Ungleichheitsfaktoren geprägt ist. Es „werden durchaus linke, alternative bzw. kritische Begriffe [...] aufgegriffen, aber mit einem konservativen Inhalt gefüllt und zu einer neoliberal-konservativen Klassentheorie umgebaut“ (Chassé 2007: 20). Entscheidend ist bei der Betrachtung dieser kulturalistischen Klassentheorien – die von Nolte formuliert und in der medialen Darstellung aufgegriffen wurde –, dass die Ungleichheitsfaktoren kulturell erklärt und strukturelle Probleme individualisiert werden. Armut wird nicht als ein

⁹ Die Probleme und Gefahren, die mit einem solchen Ansatz einhergehen, formuliert Geißler sehr treffend: „*Mit der unkritischen Fokussierung auf die dynamische Vielfalt der Lagen, Milieus und Lebensstile wird der kritische Blick für weiterhin bestehende vertikale Ungleichheitsstrukturen getrübt. Es besteht die Tendenz, daß vertikale Strukturen wegdifferenziert, wegpluralisiert, wegindividualisiert und wegdynamisiert werden. Sie werden mit einem Schleier von Prozessen der Individualisierung, Pluralisierung, Differenzierung und Dynamisierung verhüllt und unkenntlich gemacht*“ (1996: 323, H. i. O.).

Problem ungleich verteilter Ressourcen betrachtet, sondern auf klassenspezifische Mentalitätsprobleme zurückgeführt. Die Betroffenen werden für ihre soziale Lage verantwortlich gemacht, wodurch Herrschafts- und Machtverhältnisse ausgeblendet werden (vgl. Kessl 2005: 31ff.).

Zur Überwindung der kulturellen Deprivation wird von Politik und Medien einhellig Bildung als Lösung angeboten (vgl. Poschardt 2006, Wüllenweber 2004, 2006). Bildung, so das Credo, soll jedem Einzelnen den individuellen Aufstieg ermöglichen und Armut überwinden helfen. So wird die mangelnde Bildungsaspiration der Unterschichtler als Ursache ihrer Lage und gleichzeitig als Lösung zur Überwindung dieser Lage ausgemacht. Bildung dient in diesem Sinne als „Allheilmittel für die politischen Hauptübel“ wie „(Kinder-)Armut, (Jugend-)Arbeitslosigkeit, Verwahrlosung der Familien und Werteverlust, Zerfall der Gesellschaft und wachsende soziale Ungleichheit“ (Butterwegge 2009b: 10). Im Einzelfall mag der Aufstieg durch Bildung durchaus möglich sein, doch bleibt die gesellschaftliche Positionierung in der Bundesrepublik primär von den kulturellen, sozialen und materiellen Ressourcen der Eltern abhängig (vgl. Retz 2010: 26).

Selbst wenn alle – oder zumindest eine Mehrheit der – Gesellschaftsmitglieder über eine umfassende Bildung und Ausbildung verfügten, so würde dies nur zu einer Entwertung der Bildungstitel führen und die Konkurrenz um Arbeit und gesellschaftliche Positionierung nur auf einem höheren (Bildungs-)Niveau ausgetragen (vgl. Butterwegge 2009b: 10). „Folglich gäbe es am Ende mehr Taxifahrer mit Abitur und Hochschulabschluß, aber kaum weniger Armut“ (ebd.).

Es scheint hier mehr um einen Versuch zu gehen, ein Bildungs- und Aufstiegsideal der 1960er Jahre „aufzuwärmen“ und weniger um klassentheoretische Interpretationen.

„Die Figur der ‚neuen Unterschicht‘ erwächst also gerade nicht aus der Einsicht des Fortbestands einer Klassengesellschaft, sondern eher aus der Behauptung einer meritokratischen Gesellschaft, in der vertikal strukturierte Ungleichheiten keine Rolle spielen“ (Heit et al. 2007: 56).

Unter der uneingeschränkten Gültigkeit eines meritokratischen Prinzips wäre die Verantwortung für die Armutslage der „Unterschicht“ in ihrem eigenen mangelnden Aufstiegswillen oder Bildungsaspiration zu sehen. Aber die Vorstellung einer Leistungsgesellschaft, in der jeder „seines Glückes Schmied“ sei, entspricht unter post-

fordistischen Strukturbedingungen noch viel weniger der Realität als unter den expandierenden ökonomischen Gesellschaftsvoraussetzungen der 1960er Jahre.

3.3 Alter Wein in neuen Schläuchen. Die Wiederkehr bekannter Klassifikationen

Moralisierung und Stigmatisierung von ökonomischer Deprivation ist keine Besonderheit spätkapitalistischer Wohlfahrtsstaaten. Was in der Bundesrepublik aktuell unter „*neuer Unterschicht*“ eingeordnet wird, greift auf sehr alte Klassifikationen zurück, die sich bereits in Kategorien des Mittelalters und der frühen Neuzeit, wie auch der Industrialisierung wiederfinden. Aber auch im 20. Jahrhundert sind solche Klassifikationen nicht gänzlich ausgestorben. In den USA lassen sich ähnliche Debatten ab den 1960er Jahren ausmachen. Dahingegen ist der alte „klassische“ Diskurs über Sozialstaatsmissbrauch der Bundesrepublik, wie er seit Mitte der 1970er Jahre zu beobachten ist, vom heutigen Unterschichtendiskurs – zumindest in einem wichtigen Punkt – zu unterscheiden.

Im Folgenden sollen die Ähnlichkeiten der Klassifikation der „*neuen Unterschicht*“ mit denen des 19. und 20. Jahrhunderts sowie die Unterscheidung zu alten bundesdeutschen Diskursen herausgearbeitet werden.

3.3.1 Die „unwürdige“ Armut

Um im frühen europäischen Fürsorgesystem Unterstützung zu erhalten, reichte es nicht aus, bedürftig zu sein. Die historisch früheste Form der Bedürftigkeitsprüfung bestand aus zwei Kriterien: Zum einen war die Zugehörigkeit zur lokalen Gemeinde erforderlich (vgl. Castel 2008: 39) und zum anderen das, was Castel als „*Handicapologie*“ bezeichnet. Das waren Formen der Einschränkung, zu denen folgende Personengruppen gezählt werden konnten: „Alte Leute, [...] elternlose Kinder, Körperbehinderte aller Art, Blinde, Lahme, Skrofulöse, Schwachsinnige“ (ebd.: 27).

Bereits in Mittelalter etablierte sich dafür die terminologische Unterscheidung zwischen „würdigen“ und „unwürdigen Armen“. Erstere, die die Unterstützungskriterien erfüllten, kamen in den – wenn auch mageren – Genuss von Fürsorgeleistungen. Letzteren (den gesunden und arbeitsfähigen Armen) blieben diese verwehrt. Ihnen wurde unterstellt, dass sie nicht zur Arbeit bereit (vgl. Kronauer 2010: 78) und für ihre Situation selbst verantwortlich seien. Arbeitslosigkeit wurde als deviantes Verhalten interpretiert (vgl. Rinn 2009b: 81).

In den frühindustriellen Gesellschaften „entdeckte“ man Anfang des 19. Jahrhunderts schließlich die sog. „gefährlichen Klassen“.¹⁰ Sie wurden als Bedrohung der sozialen Ordnung ausgemacht und man assoziierte mit ihnen Verwahrlosung, Kriminalität, Arbeitsscheue sowie Lasterhaftigkeit (vgl. ebd.: 79f.). Diese Klassifikation entspricht der Kategorisierung des Mittelalters – wobei sich hier die Kriterien des Bedürftigkeitsanspruchs veränderten.

Zu Beginn der Industrialisierung unterschied man noch nicht zwischen Arbeiter_innen und der Armutbevölkerung. Beide wurden mit den „gefährlichen Klassen“ gleichgesetzt. Erst mit dem Erstarken der Arbeiter_innenbewegung und dem zunehmenden Arbeitskräftebedarf des expandierenden Kapitals endete diese Gleichsetzung (vgl. ebd.). Einen Wendepunkt stellt das britische Armengesetz von 1834 dar. Hiermit wird die Unterscheidung zwischen den „arbeitenden Armen“ (den Working Poor) und den „arbeitsfähigen, aber hilfebedürftigen Pauper“, die zu den „unwürdigen Armen“ gezählt wurden, institutionalisiert.¹¹ Den Pauper wurde zwar die Hilfeleistung nicht völlig verweigert, doch erhielten sie diese nur unter Verzicht der persönlichen Freiheit, durch ihre Überantwortung an das Armenhaus (vgl.

¹⁰ Für diese Kategorisierung finden sich zahlreiche andere historische Bezeichnungen, wie: „Pauper, Arme, nondeserving poor, Lumpenproletariat, Lazarusschicht, Pariahs, Randständige, Neue Armut, undercaste, vielfach Benachteiligte, städtische Arme, Marginalisierte, fortgeschrittene Marginalisierung“ (Cremer-Schäfer 2006: 52).

¹¹ Auch bei Marx findet sich das Bild des „unwürdigen Armen“. In der Klassifikation des „Lumpenproletariats“, das er die „passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft“ nennt, das „bereitwillig sein“ wird, „sich zu reaktionären Umtrieben erkaufen zu lassen“ (Marx/ Engels 1848/1971: 472). Für Marx schienen sie nur „Proletarier zweiter Klasse“ (Kronauer 2010: 83) gewesen zu sein. Von daher hinkt auch der Vergleich zwischen der „neuen Unterschicht“ und dem alten Proletariat (vgl. Steingart 2006). Denn die „neue Unterschicht“ entspräche eher dem „Lumpenproletariat“.

Kronauer 2010: 80f.). Ähnliche Entwicklungen waren in anderen europäischen Staaten zu beobachten.

Aber der Pauper wurde – auch in einer Zeit, in der das „Gespenst des Kommunismus“ (Marx, Engels 1848/1971: 461) in Europa umging – nicht wegen seines konspirativen Potenzials, sondern wegen seiner „mentalen Ansteckungsgefahr“ (Butterwegge 2009a: 227) massiven Repressionen ausgesetzt. Man befürchtete einen negativen Einfluss auf die „ehrbaren“ Arbeiter_innen und ihre Arbeitsmoral (vgl. ebd.). Denn die „*gefährlichen Klassen*“ unterliefen durch ihr Nicht-Arbeiten und ihre reale Bedürftigkeit „die zentrale Koppelung von Lohnarbeit und Existenzsicherung zur Reproduktion von Arbeitskraft“ (Rinn 2009b: 83).

Dabei wurden die „ehrbaren“ Arbeiter_innen und die „*gefährlichen Klassen*“ nicht nur aufgrund ihrer materiellen Situation, sondern auch hinsichtlich ihrer Lebensführung differenziert. Mit der Kategorisierung der „*gefährlichen Klassen*“ verbunden ist die Diskreditierung nicht bürgerlicher bzw. nicht am Bürgertum orientierter Lebensweisen (vgl. Kronauer 2010: 83).

Von den „*gefährlichen Klassen*“ gehe durch ihre ständige latente Präsenz gleichzeitig eine disziplinierende Wirkung für die Arbeiter_innen aus. Die auch als „*Überzähligen*“ (Marx 1867/2007: 526) bezeichneten „*gefährlichen Klassen*“ waren zwar „gewissermaßen im Dunkeln, unsichtbar und doch immer anwesend als Beispiel der Möglichkeit, wo es mit Leuten hinkommen kann, die sich nicht an die bestehenden Regeln halten“ (Rinn 2009b: 79).

Diese Figur des „*unwürdigen Armen*“ wird im 20. Jahrhundert in US-amerikanischen Debatten wieder aufgegriffen. Wie sich diese Argumentation dort wiederfindet, soll im folgenden Teil betrachtet werden.

3.3.2 *Underclass und „Culture of Poverty“. Der US-amerikanische Unterschichtendiskurs*

Im US-amerikanischen Diskurs über kulturalistisch begründete Armutsphänomene sind zwei Begriffe von Bedeutung: *Underclass* und „*Culture of Poverty*“. Letztere –

die ältere der beiden Bezeichnungen – wird in späteren Debatten in die Kategorie der *Underclass* integriert und spielt dort eine wichtige Argumentationsrolle.

Mit den politischen Umbrüchen der 1960er Jahren nimmt die Aufmerksamkeit für Armutslagen in den USA – nach einer Phase des Desinteresses – wieder zu. Durch die Bürgerrechtsbewegung und Sozialreformen kommt ein Interesse an der sozialen Lage der afroamerikanischen Bevölkerung auf. Unter den vielen Untersuchungen zur Armut dieser Zeit sticht ein Autor besonders hervor: der Anthropologe Oscar Lewis (vgl. Goetze 1992: 88f.).

Lewis formulierte in zahlreichen Publikationen die prominente Theorie der „*Culture of Poverty*“. Dabei beschäftigte ihn die Frage, „ob die Armen durch ihren eigenen Verhaltensweisen, durch ein bestimmtes, tradiertes Rollenverhalten, [also eine „*Kultur der Armut*“, M. R.] zu einer Verfestigung der Armutsverhältnisse beitragen“ (Bosch 2010: 225). Die Entstehung einer solchen „Subkultur“ ist aus Lewis' Perspektive abhängig von bestimmten strukturellen Bedingungen – die in spät-kapitalistischen Lohnarbeitsgesellschaften sehr ausgeprägt sind. Dazu zählen: Langzeitarbeitslosigkeit, eine Gruppe gering qualifizierter Arbeitskräfte, eine schlechte Organisation dieser Gruppen, eine polarisierte Reichtumsverteilung u. Ä. (vgl. Goetze 1992: 89).

In seiner „Persistenz-These“ betont Lewis die Dauerhaftigkeit und die Eigendynamik der „*Culture of Poverty*“, die auch bei verbesserten strukturellen Rahmenbedingungen „dysfunktionale und armutsstabilisierende Effekte mit sich bringen“ (Bosch 2010: 225). Durch die intergenerationale Weitergabe wird die „Armutskultur“ über die familiäre Sozialisation an die Kinder vererbt, was zu der Persistenz dieser Subkultur führt (vgl. Goetze 1992: 89f.).

„Aufgrund dieser Wirkungen kann die in der ‚Subkultur der Armut‘ lebende Bevölkerung, insbesondere die darin nachwachsende Generation, neue sich abzeichnende Erwerbschancen und Lebensmöglichkeiten nicht wahrnehmen. Ursprünglich eine Bewältigungsstrategie für ungünstige Lebensbedingungen, wird dieses Umfeld zu einem Hindernis für die Betroffenen, bessere Lebenschancen wahrzunehmen“ (ebd.: 91).

Lewis betont auch, dass monetäre Mittel allein die Bedingungen der „Armutskultur“ nicht überwinden könnten. Für ihn seien vielmehr Maßnahmen erforderlich, die auf „Partizipationswahrnehmungen der Betroffenen am allgemeinen politischen und

ökonomischen Prozeß“ abzielen und „ein Zugehörigkeitsgefühl herstellen“ (ebd.). Wobei unklar bleibt, wie dies auszusehen hätte und umzusetzen wäre.

Nach einer Phase intensiver öffentlicher und politischer Kritik und der wissenschaftlichen Widerlegung seiner Thesen verschwand die Debatte für eine kurze Zeit aus der US-amerikanischen Öffentlichkeit. In den 1970er und 1980er Jahren erlebten seine Thesen eine „Reinkarnation“ im Begriff der *Underclass* (vgl. ebd.: 97).

Die Kategorie der *Underclass*, die erst in den 1960er Jahren von dem Schweden Gunnar Myrdal in den amerikanischen Sprachgebrauch eingeführt wurde, hat in seinem Ursprung eine ganz andere Bedeutung, als die, die ihr später von der „konservativen Wissenschaft“ (Gans 1992: 50) zugeschrieben wurde. Myrdal setzt strukturelle Wandlungsprozesse ins Zentrum seiner Ursachenanalyse (vgl. Kronauer 2010: 53f.). Die *Underclass* werde, so Myrdal, durch Arbeitslosigkeit hervorgerufen, „die sich selbst perpetuiert, weil sie zu einem beträchtlichen Teil aus einer Diskrepanz zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage hervorgeht“ (ebd.: 54).

Die konservative Umdeutung des *Underclass*-Begriffs stellt die Argumentation von Myrdal quasi auf den Kopf, indem die Betroffenen selbst für ihre Lage verantwortlich gemacht werden.

„Die Entstehung einer von der Mehrheitsgesellschaft abgespaltenen *Underclass* wurde nun nicht mehr aus Veränderungen in der Erwerbsarbeit und am Arbeitsmarkt erklärt, sondern auf das Verhalten der Betroffenen zurückgeführt“ (ebd.: 56).

Diese Verhaltensweisen werden, ähnlich wie bei Lewis, auf „eigene Werte, Erwartungen und psychische Merkmale“ (Goetze 1992: 97), also auf eine „Kultur der Armut“, zurückgeführt.

Bei der *Underclass*-Debatte, die in den 1970er Jahre aufkam, besteht im Gegensatz zum älteren Diskurs über die „*Culture of Poverty*“ eine stärkere Fokussierung auf den Sozialstaat (vgl. ebd.). In der konservativen *Underclass*-Deutung wird der Sozialstaat als „korrumpierendes Element“ betrachtet, „das die Absonderung der Armen erst ermögliche“ (Kronauer 2010: 56). Durch seine Generosität schaffe das sozialstaatliche Arrangement Abhängigkeiten ganzer Bevölkerungsschichten und

zerstöre damit jegliche Eigeninitiative. So produziere der Sozialstaat eine persistente Subkultur.¹²

Die Personengruppen der *Underclass* werden sehr heterogen beschrieben. Dazu gezählt wurden: „ehemalige Strafgefangene, Alkohol- bzw. Drogenabhängige, Prostituierte, Obdachlose, psychisch Kranke, Wohlfahrtsempfänger, Schulverweigerer wie auch illegale Migranten“ (Wagner 2009: 33). Diese Aufzählung zeigt, dass der *Underclass*-Begriff zu einer „catch-all Kategorie“ (Kronauer 2010: 57) wurde, die sich vor allem durch deviantes Verhalten bzw. „bad values“ (Gans 1995: 6) auszeichnet.

In beiden Debatten spielten sozialpolitische Forderungen von Anfang an eine bedeutende Rolle (vgl. Goetze 1992: 94, 98). Eine Verschärfung erfuhr dies durch den Politologen Charles Murray,¹³ der unter dem US-Präsidenten Bill Clinton zu einem einflussreichen Politikberater aufstieg. Die sozialpolitischen Implikationen, die besonders von Murray vorangetrieben wurden, lassen sich an der Reduzierung der amerikanischen Sozialhilfe ablesen. Diese Unterstützungsleistung wurde in der Amtszeit von Clinton auf fünf Jahre begrenzt und mit workfare-Elementen versehen (vgl. Chassé 2010: 165).

Es sollte deutlich geworden sein, dass die Unterschichtendebatte der Bundesrepublik von 2006 den Diskursen des 19. Jahrhunderts und besonders den US-amerikanischen Diskussionen sehr ähnelt und meist die gleichen Argumente und Begründungen verwendet. Nach diesem historischen Rückblick und der Betrachtung der US-amerikanischen Debatten soll nun der Blick wieder auf die Bundesrepublik gerichtet werden. Hier wird die (alte) bundesdeutsche Missbrauchsdebatte cursorisch dar-

¹² Empirisch wurden die Thesen der *Underclass* mehrfach widerlegt (vgl. Chassé 2010: 162ff.). Wichtig war dabei eine Langzeituntersuchung, die – ähnlich wie die *dynamische Armutsforschung* – zu dem Ergebnis kam, dass die Sozialtransfer beziehenden Personengruppen den Leistungsbezug relativ schnell wieder verließen und meist keine dauerhafte Sozialstaatsabhängigkeit entstand (vgl. Goetze 1992: 98).

¹³ Murray wurde in den 1980er Jahr von konservativen Think Tanks finanziell unterstützt. In die Vermarktung seines Buches wurde massiv investiert, was den *Underclass*-Thesen zu großer Popularität verhalf (Chassé 2010: 162).

gestellt, um die wesentlichen Unterschiede zu den bisher vorgestellten Diskursen zu verdeutlichen.

3.3.3 Sozialstaatsmissbrauch im Diskurs der bundesdeutschen Nachkriegszeit

Missbrauchsdebatten sind in der Bundesrepublik nicht neu. Dennoch unterscheiden sich die „klassischen“ Missbrauchsvorwürfe von der Konstruktion der „*neuen Unterschicht*“. Zwar ist Letzterer die Unterstellung von Sozialkriminalität auch immanent, doch besteht hier ein qualitativer Unterschied.

Die Nachkriegszeit der 1950er und 1960er Jahren – die Hochphase des fordistischen Produktionsregimes – bescherte nahezu allen industrialisierten kapitalistischen Staaten eine einmalige ökonomische Wachstumsphase, die es ermöglichte, durch den Ausbau von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und sozialen Grundrechten der Lohnarbeit ihren „prekären Charakter“ zu nehmen. Armut und soziale Ausgrenzung schienen endgültig der Vergangenheit angehören (vgl. Dörre 2008: 3). So gab es auch „keinen ernsthaften Anlass, sich über die ‚faulen Arbeitslosen‘ zu beklagen“ (Kull et al. 2003: 4). Diese vom Fortschrittsoptimismus geprägte Phase bedeutete eine kurze Episode relativer Respektabilität materieller Deprivation in der Geschichte der Bundesrepublik.

Erst mit der einsetzenden fordistischen Krise und dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit Mitte der 1970er Jahre sollte sich dies ändern. Gefolgt vom ersten ernsthaften Einbruch der Beschäftigungszahlen entstand 1975 auch die erste „Faulheitsdebatte“ (vgl. Kull et al. 2003: 4). Der damalige Bundesarbeitsminister Arendt (SPD) beklagte sich öffentlich über „sozialen Wildwuchs, einseitige Begünstigungen und Leistungsmissbrauch im Arbeitsförderungsgesetz“ (ebd.). In den 1980er Jahren entstand dann die Rede von der „sozialen Hängematte“. Dieser Faulheitsdiskurs, an dem sich alle Bundestagsparteien beteiligten, wurde mit äußerster Schärfe geführt. So meinte bspw. der CSU-Bundestagsabgeordnete Riedl, dass das „soziale Netz für viele eine Hängematte – man möchte sogar sagen: eine Sänfte – geworden“ (ebd.: 5) sei. 1993 warnte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem „kollektiven Freizeitpark“ der Bundesrepublik. Und sein Nachfolger im Amt, Gerhard Schröder, konstatierte 2001: „Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft“ (ebd.: 3).

Danach folgten immer wieder kleine oder größere Debatten über Sozialkriminalität und faule Arbeitslose, von „Florida-Rolf“ bis „Karibik-Klaus“ (vgl. Herrmann 2010: 126 ff.). All diese Debatten waren begleitet von einer breiten Medienöffentlichkeit (vgl. Kull et al. 2003: 5).

Kull et al. (2003: 5ff.) haben gezeigt, dass das Aufflammen von Missbrauchsdebatten in einem deutlichen Zusammenhang mit anstehenden Wahlen und einer lahmen Konjunktur steht. Die ersten vier der oben angeführten Debatten entstanden immer kurz vor einer Bundes- oder mehreren Landtagswahlen. Die drei ersten Debatten fielen dazu alle in einen großen wirtschaftlichen Konjunkturreinbruch.

Dieser Zusammenhang trifft für die Debatte von 2006 nur sehr bedingt die zu. In dieser Zeit war der Aufschwung noch in aller Munde¹⁴ und abgesehen von einigen weniger bedeutenden Landtagswahlen (Berlin Ende 2006, Bremen Mitte 2007) ist der Zusammenhang mit Wahlen und Konjunkturreinbruch hier nicht zu sehen. Das ist aber eher ein nebensächlicher Unterschied. Die viel entscheidendere Differenz scheint mir in einer nicht kulturellen Begründung der Missbrauchsdebatten zu bestehen. Zwar werden strukturelle Bedingungen für Arbeitslosigkeit auch hier gelehnet, doch wird das sozialstaatliche Abhängigkeitsverhältnis nicht kulturalisiert. Auch wenn die Argumentationsmuster konvergieren, so stellt der Unterschichtendiskurs – der zweifellos durch die Missbrauchsdebatten erst ermöglicht wurde – eine Verschärfung dar. Diese lässt sich mit der Verschiebung der eingangs dargestellten Exklusionsdiskurse von einem *erwerbsarbeitszentrierten Inklusionsdiskurs (SID)* hin zu einem *kulturalistischen „Underclass“-Diskurs (MOD)*, der die Lage der Betroffenen moralisiert und die Ursachen kulturalisiert, erklären.

¹⁴ Thematisiert wurde vielmehr, dass private Haushalte Reallohneinbußen hinnehmen mussten, während Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen massiv anstiegen (vgl. dazu Kap. 4.1.1 in dieser Arbeit).

4. Der Funktionalismus des Unterschichtendiskurses

„Die aktuelle Debatte [...] um das ‚abgehängte Prekariat‘ sendet an diese Gesellschaft – die ‚Unter‘- wie die Mittelschicht – genau die selbe Botschaft imperativer, eigenständiger und sozialverantwortlicher Beweglichkeit“

(Lessenich 2006: 614).

Die bisherige Analyse hat den Unterschichtendiskurs als eine konstruierte Medieninszenierung charakterisiert, die weniger die gesellschaftlich produzierte Marginalisierung sozialer Schichten, Klassen oder Milieus skandalisiert, sondern ihre soziale Lage moralisiert und die Ursachen dafür individualisiert. So lässt sich dann auch vermuten, dass der Adressat dieser Inszenierung weniger die Unterschicht selbst ist.

Welcher Zweck wird in der Debatte verfolgt bzw. welche politischen und sozialen Interessen werden mit einer solchen Inszenierung bedient? Und welche sozialpolitischen Implikationen und Tendenzen sind diesem Diskurs immanent? Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden. Dabei lassen sich meist zwar keine direkten Kausalitäten zwischen verschiedenen sozialpolitischen und sozialstrukturellen Entwicklungen auf der einen Seite und dem Unterschichtendiskurs auf der anderen Seite herstellen. Dennoch ist das Einstimmen in den Kanon sozialstaatlichen Umbaus als Versuch zu werten, bestimmten Positionen und Ideologien im medialen Diskurs hegemonial werden zu lassen und damit die öffentliche Zustimmung zu gewinnen.

Auf zwei Ebenen soll der Funktionalismus dieses Diskurses behandelt werden. Die erste Ebene ist die der Adressaten. Es lässt sich konstatieren, dass der Unterschichtendiskurs die Abgrenzungsbedürfnisse einer zunehmend verunsicherten Mittelschicht bedient. In welcher Hinsicht und mit welcher Zielsetzung richtet sich der Diskurs an die Mitte? – Das soll hier gefragt werden. Die zweite Ebene ist das

sozialstaatliche Arrangement. Dabei geht es um die Frage, welche sozialpolitischen Prozesse dem Diskurs immanent sind.

4.1 Der Adressat Mittelschicht

Die Verachtung der Unterschicht ist Teil der Identitätsstiftung der Mittelschicht – umso mehr, je mehr sie von Abstiegsangst geplagt ist. Um die subjektiven Sorgen und objektive Lage der Mittelschicht besser zu verstehen, soll nachfolgend die sozialstrukturelle Situation und Stimmung der Mittelschicht aufgegriffen werden. Anschließend wird die Bedeutung der Mittelschicht für die deutsche Gesellschaft und die Distinktions- wie Disziplinierungsfunktion der Debatte behandelt.

4.1.1 Die verunsicherte Mitte

Nach einer kurzen Phase relativer Stabilität gewinnt die „soziale Frage“ wieder an Bedeutung. Castel spricht daher von der „Wiederkehr der sozialen Unsicherheit“ (2009: 21) in entwickelten kapitalistischen Staaten, die vor allem als eine „Unsicherheit nach der Absicherung“ (ebd.: 27) zu verstehen ist. Die Zunahme von Armut, atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen und die Ausweitung von Arbeitslosigkeit führen zu einer starken Verunsicherung der Mittelschicht. Auch wenn sich die Mehrheit der Erwerbsbevölkerung noch in relativ sicheren (Normal-) Arbeitsverhältnissen befindet, so gehen die Transformationsprozesse des postfordistischen Sozialstaates auch an den integrierten Schichten nicht spurlos vorbei (vgl. Dörre 2008: 4).

In den letzten Jahren und besonders seit der Jahrtausendwende ist eine deutliche Zunahme der Einkommenspolarisierung für die Bundesrepublik festzustellen. Während sich die Einkommen und Vermögen im oberen Bereich immer weiter konzentrieren, sind die Reallohnzuwächse der abhängig beschäftigten Bevölkerung – vor allem im unteren Einkommenssegment – negativ. In einem aktuellen Forschungsbericht des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)* aus diesem Jahr heißt es dazu:

„Im längerfristigen Trend ist einerseits nicht nur die Zahl der ärmeren Haushalte stetig gewachsen – sie wurden im Durchschnitt auch immer ärmer. Auf der anderen Seite gibt es im Trend immer mehr Reichere, die im Durchschnitt auch immer reicher werden“ (Goebel et al. 2010: 2).

Das ist sehr gut am letzten konjunkturellen Aufschwung (zwischen dem 4. Quartal 2004 und dem 2. Quartal 2007) abzulesen. Dort sind die Gewinne der Unternehmen und Vermögenseinkommen um ca. 25 Prozent angestiegen. Die privaten Haushalte hingegen haben im gleichen Zeitraum einen realen Lohnrückgang von 0,3 Prozent verzeichnen müssen (vgl. Logeay; Zwiener 2008: 420). Herrmann weist darauf hin, dass diese Entwicklung in der Bundesrepublik bisher historisch einmalig ist. „Früher wurde der berühmte Gürtel zwar auch ‚enger geschnallt‘, wenn das Wirtschaftswachstum nachließ – aber am Aufschwung wurden die Arbeitnehmer immer beteiligt“ (Herrmann 2010: 123).

Im unteren Einkommenssegment zeichnet sich ein noch dramatischeres Bild ab. Zwischen 1995 und 2006 sind die inflationsbereinigten Löhne (Reallöhne) im unteren Einkommensviertel um 14 Prozent gesunken. Wenn man nur den Zeitraum 2000 bis 2006 betrachtet, sind dort die Löhne sogar nominal um 4,8 Prozent gesunken. Das hat einen Anstieg der Niedriglohnquote von 15 Prozent (1995) auf 22,2 Prozent (2006) zur Folge, was einer Zunahme von 48 Prozent entspricht (vgl. Bosch et al. 2008: 425). Das spiegelt sich auch im Anstieg des Armutrisikos wider. Laut des 3. *Armuts- und Reichtumsberichts* der Bundesregierung hat die Armutrisikoquote zwischen 2002 und 2005 um zwei Prozent auf 13 Prozent zugenommen (vgl. BMAS 2008: 24ff.).

Neben der Einkommens- und Vermögensentwicklung verbreitet auch die zunehmende Beschäftigungsunsicherheit Sorge in der Mittelschicht. Seit der fordistischen Krise Mitte der 1970er Jahre stieg die Sockelarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik kontinuierlich an (vgl. Statistisches Bundesamt 2005: 96). Im August 2010 waren 3,188 Mio. Menschen arbeitslos gemeldet. Damit liegt die Arbeitslosigkeit zwar weit unter dem Höchststand im Jahre 2005 mit knapp fünf Mio. (vgl. BA 2010: 12ff.), doch befinden sich die Arbeitsplätze, die seither entstanden sind, meist im Bereich atypischer Beschäftigung – wie bspw. Teilzeit, Leiharbeit und geringfügige oder befristete Beschäftigungen. Während die Normalarbeitsverhältnisse zwischen 1997 und 2007 um 1,5 Mio. sanken, stieg die Zahl der atypischen Beschäftigungsverhältnisse um 2,7 Mio. an. 1997 befanden sich noch

82,5 Prozent aller Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis, 2007 waren es nur noch 74,5 Prozent (vgl. Statistisches Bundesamt 2008).

Mit diesen Entwicklungen verknüpft ist die regelmäßig wiederkehrende mediale „Sorge“ über die Erosion der Mittelschicht – zuletzt, als der bereits erwähnte Forschungsbericht des DIW nach seiner Veröffentlichung in den Medien für kurze Zeit Aufmerksamkeit erfuhr. Demnach verliert die Mittelschicht immer mehr an Bedeutung, während die unteren und oberen Einkommensgruppen zunehmen. Der Bericht zeigt, dass die Dynamik dieser Entwicklung trotz der Verluste der oberen Einkommensschichten durch die Finanz- und Wirtschaftskrise auch 2009 anhält (vgl. Goebel et al. 2010: 5). Im Jahre 2000 zählten noch 49 Mio. Bürger_innen der Bundesrepublik zur Mittelschicht. 2006 waren es nur noch 44 Mio. (vgl. Herrmann 2010).

Die bereits eingangs erwähnte FES-Studie *Gesellschaft im Reformprozess*¹⁵ zeigt die Sorge der Bevölkerung vor einem gesellschaftlichen Abstieg im Zuge der beschriebenen Entwicklung. In dieser Studie gaben 63 Prozent aller Befragten an, dass ihnen „manche der gesellschaftlichen Veränderungen Angst“ machen; 49 Prozent „befürchteten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können“ und 61 Prozent stimmten der Aussage zu, „dass es keine Mitte mehr gibt, sondern nur noch ein Oben und ein Unten“ (Neugebauer 2007: 28f.). Die Mittelschicht selbst macht sich laut einer anderen Studie zu 26 Prozent „große Sorgen“ um ihre Zukunft (Herrmann 2010: 121).

Die Diagnose einer „dominanten gesellschaftlichen Grundstimmung“ von Verunsicherung“ (Chassé 2010: 13), die die FES-Studie ausgemacht hat, wurde in der medialen Diskussion um das „*abgehängte Prekariat*“ vernachlässigt. Dort wurde sich meist darauf konzentriert, diese Gruppe der „*neuen Unterschicht*“ zuzuordnen.

Auf der anderen Seite verweisen Lengfeld und Hirschle darauf, dass die subjektive Abstiegssorge der Mittelschicht mit den sozialstrukturellen Entwicklungen nicht völlig konvergiert. Sie sprechen von einem „*Spill Over*“-Effekt, der das Phänomen beschreibt, dass sich die Mitglieder einer sozialen Schicht durch die Entwicklung in

¹⁵ Die Auswertung der Ergebnisse erschien erst 2007 in Neugebauer (2007).

einer anderen sozialen Schicht bedroht fühlen (vgl. Lengfeld; Hirschle 2009: 380). Sie zeigen auf, dass besonders bei den Teilen der Mittelschicht, die am wenigsten vom sozialen Abstieg gefährdet sind, seit der Jahrtausendwende die „subjektive Wahrnehmung von Prekarisierung“ am stärksten zugenommen habe (vgl. ebd.: 387).

Anstatt die Entwicklung von zunehmender Armut und Prekarisierung als gesellschaftlich-strukturelles Problem zu erkennen und zu kritisieren, wird lieber versucht, einen Schuldigen für die Entwicklung auszumachen. Dadurch entsteht eine „Umdeutung der sozialen Frage in ein bloßes Mentalitätsproblem passiver Leistungsempfänger“ (Dörre 2008: 6). In der Verunsicherung der Mittelschicht ist, aus meiner Sicht, eine wichtige Ursache für zunehmendes „*Unterschichten-Bashing*“ zu sehen.

4.1.2 *Die Bedeutung der Mitte*

In Medien und Politik wird oft und viel über die Mittelschicht und ihre Bedrohungen geredet – sei es nun, weil Beschäftigungsunsicherheit nicht mehr vor der Mitte haltmacht, weil sie durch Sozialabgaben und die „kalte Progression“ belastet wird, oder weil sich Verunsicherung in der Mitte ausbreitet. Immer steht die Mittelschicht im Zentrum politischen Werbens und Sorgens (vgl. Lessenich 2009: 19). Wie kommt es zu dieser starken Konzentration auf die Mittelschicht?

Die gesellschaftliche Mitte ist Identitätsstifter und Gründungsmythos der Bundesrepublik gleichermaßen. Die Deutschen nehmen sich trotz der sozialstrukturellen Entwicklungen und Abstiegsängste fast kollektiv als Mittelschicht wahr. Nur drei Prozent waren in einer Umfrage bereit, sich selbst der Unterschicht und neun Prozent zur Oberschicht zu zählen – wobei sozialstrukturell mindestens 25 Prozent nicht zum mittleren oder oberen Schichtsegment zurechnen sind (vgl. Herrmann 2010: 20–21).

Die sozialwissenschaftliche Figur, die die Selbstwahrnehmung der Bundesrepublik treffend beschreibt, ist Helmut Schelskys These der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Schelsky 1965: 332). Schelsky diagnostizierte für die Bundesrepublik der 1950er Jahre eine zunehmende Konvergenz sozialer Ungleichheiten, die durch einen „relativen Abbau der Klassegegensätze [...] zu einer sozialen Nivellierung in einer verhältnismäßig einheitlichen Gesellschaftsschicht“ (ebd.) führe. Auch wenn diese

These in sozialwissenschaftlichen Kreisen schnell Kritiker_innen fand und sich im soziologischen Diskurs nicht durchsetzte, so spiegelt sie doch das kollektive Empfinden der bundesdeutschen Gründungszeit bis weit in die Phase des Postfordismus wider (vgl. Burzan 2007: 41).

„Nach der Währungsreform schienen alle mit den gleichen kümmerlichen Voraussetzungen (40 D-Mark) in ein neues Leben zu starten“ (Andreß; Kronauer 2006: 28). Die „*Stunde null*“ und das „*Wirtschaftswunder*“ machten den Mythos der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ perfekt. Auch wenn dieses Bild der sozialstrukturellen und machtpolitischen Zusammensetzung der Bundesrepublik wohl nie der Wirklichkeit entsprach, so ist es doch äußerst wirkungsmächtig und prägt den meritokratischen Glauben der Mittelschicht an die Leistungsgesellschaft (vgl. Herrmann 2010: 20).

Dass die Mittelschicht für die meisten Parteien – extreme Randparteien ausgenommen – das wichtigste Wählermilieu repräsentiert, ist mittlerweile zu einem Gemeinplatz geworden. Daher interpretiert Lessenich (2006) Becks Äußerungen in dem eingangs erwähnten FAS-Interview (vgl. Kap. 2 in dieser Arbeit) als Annäherung an die FDP. In Zeiten der Großen Koalition und bei Wahlergebnissen, die weit von einer rot-grünen Mehrheit entfernt waren, ist die Abwertung der Unterschicht und die Hervorhebung meritokratischer Werte der Versuch der SPD, sich für eine Ampelkoalition salonfähig zu machen (vgl. Lessenich 2006: 613). Zumal das „*abgehängte Prekariat*“ in der FES-Studie – das stets mit der „*neuen Unterschicht*“ gleichgesetzt wurde – nicht zu den SPD-Stammwähler_innen gezählt werde: „Nichtwähler sind ebenso überproportional vertreten wie Wähler der Linkspartei und rechtsextremer Parteien“ (FES 2006) so eine Pressemitteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das Bild der Mitte ist also in der Selbstwahrnehmung der bundesdeutschen Bevölkerung, wie als Wahl_innenpotenzial für die großen und kleinen Parteien sehr bedeutend. Die Figur der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ wird durch die beschriebenen sozialstrukturellen Entwicklungen aber brüchig und die Verunsicherung in der Mittelschicht lässt Zweifel an der Politik und der Integrationskraft der „Sozialen Marktwirtschaft“ aufkommen.

4.1.3 *Distinktion und Disziplinierung der Mitte*

Norbert Elias beschreibt in seinem Werk, „*Über den Prozeß der Zivilisation*“, wie der vom Abstieg bedrohte höfische Adel versucht, sich von den „bürgerlichen Aufstiegschichten“ (1990: 415) abzugrenzen. Die Ängste des Adels

„kommen in den stark affektgeladenen Abwehrgesten zum Vorschein, mit denen die höfischen Menschen allem begegnen, was ‚bürgerlich riecht‘.[...] Und diese ständig schwehlende, soziale Angst bildet schließlich auch einen der mächtigsten Antriebe für die starke Kontrolle, die jeder Angehörige dieser höfischen Oberschicht auf sich selbst und auf das Verhalten der anderen Menschen seines Kreises ausübt“ (Elias 1990: 414).

Ähnlich wie sich die Aristokratie in der Zeit der frühbürgerlichen Gesellschaft versuchte vom Bürgertum abzugrenzen, lässt sich die Unterschichtendebatte als die Bedienung eines Distinktionsbedürfnisses einer ebenfalls von Abstiegsängsten geprägten Mittelschicht begreifen. Durch die Abstiegssorgen der Mittelschicht wird eine stärkere Abgrenzung nach unten erforderlich, da „sich die bisher verlässlich gezogene Grenze zwischen sicheren und unsicheren Positionen im sozialen Feld auflösen scheint“ (Chassé 2010: 20). Die Abwertung der Unterschicht bedeutet zugleich eine Aufwertung der mittleren Schichten: Wer von den passiven, verwahrlosten, faulen Leistungsempfänger_innen spricht, will sich selbst als das Gegenbild verstanden wissen: als fleißig, aktiv und hart arbeitend.

Dieser Mechanismus lässt sich mit dem *symbolischen Kapital* bei Bourdieu beschreiben. Dies „besteht aus den Chancen, soziale Anerkennung und soziales Prestige zu gewinnen und zu erhalten“ (Fuchs-Heinritz; König 2005: 168). Es bestimmt bspw., welches kulturelle Kapital als legitim gelten darf (vgl. ebd.). Es bestimmt auch, welcher Person oder sozialen Gruppe und welchen Objekten gesellschaftliche Anerkennung, Prestige oder Renommee zugeschrieben oder aberkannt wird (vgl. Chassé 2010: 114). So wird „stigmatisierten Sozialgruppen [...] durch die Aberkennung von symbolischem Kapital zugleich ihr Lebenswert aberkannt“ (Fuchs-Heinritz; König 2005: 171). Dabei ist die symbolische Zuschreibung immer relational zu interpretieren (vgl. Chassé 2010: 98). Deshalb ist die medial inszenierte Diffamierung der Unterschicht mit dem Versuch der Aufwertung der Gruppe zu begreifen, zu der sich die Autor_innen des Unterschichtendiskurses selbst zählen, bzw. an die ihre Beiträge adressiert sind.

Die „*neue Unterschicht*“ dient darüber hinaus auch als „Sündenbock“ und Negativbild in der Diskussion um eine „neue Bürgerlichkeit“. In einem Radiointerview im DEUTSCHLANDRADIO KULTUR interpretierte Nolte „Vernachlässigung oder soziale Verwahrlosung“ als eine „Konsequenz aus dem Verlust von Bürgerlichkeit“ (König 2005). So könnte man vermuten, dass im Unterschichtendiskurs eigentlich das Verschwinden eines konservativ-bürgerlichen Familienbildes und Fehlen einer ethnisch homogenen Gesellschaft beklagt wird. Herbert J. Gans (1992: 53) weist in Bezug auf die US-amerikanische *Underclass*-Debatte darauf hin, dass diese von bestimmten Gruppen dazu genutzt wird, um der eigenen Wert- und Moralvorstellung neue Geltung zu verschaffen bzw. diese in ihrer Geltung zu stabilisieren. Die Unterschicht, genauso wie die *Underclass*, wird als Negativschablone benutzt, um der Mehrheitsgesellschaft vor Augen zu führen, wie man nicht sein will bzw. nicht sein soll. Sie lassen „sich mit Blick auf die sie konstituierenden Attribute – von ihrer Arbeits- bis hin zu ihrer Sexualmoral – als die diskursive Antipode zum Idealbild des aktiven Bürgers“ (Kessl et al. 2007: 11) verstehen.

Das obige Zitat von Elias beinhaltet, neben dem Distinktionsbedürfnis, noch einen weiteren Aspekt: den der Selbstkontrolle bzw. Disziplinierung durch die Existenz des Bürgertums. Auch dieser Punkt findet sich in der Unterschichtendebatte wieder. Dabei ist ein Blick auf die Prekarisierungsforschung sehr lehrreich. Dort wird der Effekt beschrieben, den die Anwesenheit prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf Teile der Belegschaft hat, der sich (noch) in sicheren Arbeitsverhältnissen befindet. Danach hat Prekarität „nicht nur direkte Auswirkungen auf die von ihr Betroffenen [...], sondern über die von ihr ausgelöste Furcht auch indirekte Folgen für alle anderen“ (Bourdieu 1998: 99). So lassen sich vom interagierten Teil der Belegschaft leichter Flexibilisierungszugeständnisse abringen (vgl. ebd.: 96ff.). Bourdieu spricht in diesem Zusammenhang von einer

„Herrschaftsform, die auf die Errichtung einer zum allgemeinen Dauerzustand gewordenen Unsicherheit fußt und das Ziel hat, die Arbeitnehmenden zur Unterwerfung, zur Hinnahme ihrer Ausbeutung zu zwingen“ (ebd.: 100).

Dieser Effekt lässt sich auch auf den Unterschichtendiskurs übertragen. Die Mittelschicht sieht in der Existenz der Unterschicht nicht nur eine Abgrenzungsfolie, sondern auch ein Abschreckungsszenario. Die Ausbreitung von Armut und Arbeitslosigkeit manifestiert sich in der Kategorie „*neue Unterschicht*“. Die permanente

Bedrohung eines sozialen Abstiegs wirkt sich disziplinierend auf die Mittelschicht aus. Ein sozialer Abstieg bedeutet in der Vorstellung vieler, dort zu landen, wo sich die Unterschicht bereits heute befindet. Genauso wie die „Überzähligen“ während der Industrialisierung disziplinierende Wirkung für die Arbeiter_innen hatten, so wirkt sich das „Schreckensszenario“ Unterschicht ebenfalls disziplinierend auf den integrierten Belegschaftsteil, also die Mittelschicht, aus, die dadurch den ökonomischen Flexibilisierungsforderungen der Arbeitgeber_innen bereitwillig nachgibt.

4.2 Die sozialpolitischen Tendenzen in dem Diskurs

Der Unterschichtendiskurs ist in seiner Gänze nur im Kontext sozialstaatlicher Veränderungsprozesse zu verstehen. So wie Nolte (2005, 2006) in seinen Abhandlungen die Unterschicht (nur) innerhalb eines sozialstaatlichen Reformprogramms beschreibt, so sind die Akteure der medialen Debatte auch jene, die den Sozialstaatsdiskurs der vergangenen Jahre mit prägten (vgl. bspw. Siems 2009b, Steingart 2006b). Daher sollen hier sozialstaatliche Prozesse und hegemoniale Diskurse über diese mit berücksichtigt und die Unterschichtendebatte dort eingeordnet werden.

4.2.1 „Die Neuerfindung des Sozialen“. Sozialpolitik unter dem Aktivierungsparadigma

Ein paradigmatischer Einschnitt im deutschen sozialstaatlichen Arrangement markiert die Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Diese orientierte sich an einer sog. Aktivierungspolitik, die seit einiger Zeit von wohlfahrtsstaatlichen Theoretiker_innen als Lösungsansatz für die Herausforderungen der westlichen Sozialstaaten vorgeschlagen wird.

Das Konzept der Aktivierung ging aus der Diskussion um die Erneuerung der europäischen Sozialdemokratie hervor und wurde besonders von dem britischen Soziologen Anthony Giddens geprägt. Die Idee eines *aktivierenden* oder auch *investiven Sozialstaates* sollte eine Alternative zwischen neoliberalem Minimal- und

etatistischem Fürsorgerstaat bilden (vgl. Dingeldey 2006: 5). Zwar wurde an dem Transferleistungsprinzip festgehalten, aber Leistungen des Sozialstaates sollten an die Bereitschaft zur Aufnahme von Erwerbsarbeit oder zu gesellschaftlichem Engagement koppelt sein (vgl. Sandner 2002: 14). Das hat zur Folge, dass „[d]er Einzelne [...] nicht mehr nur seine Hilfeberechtigung zu belegen, sondern vor allem seine Arbeitsbereitschaft unter Beweis zu stellen“ (Kessl 2005: 39) hat. Häufig wird eine solche Politik auf die Formel „Fordern und Fördern“ gebracht.

Für die Umsetzung des Aktivierungskonzeptes sind drei Dimensionen zentral: *Eigenverantwortung*, *Beschäftigungsfähigkeit (Employability)* und die Aktivierung der *Zivilgesellschaft*. *Eigenverantwortung* zielt auf eine „aktivere Rolle des Individuums bei der Vermarktung seiner eigenen Arbeitskraft“ (Marquardsen 2007: 259). Dazu wird der soziale und finanzielle Druck auf die Arbeitslosen erhöht und notfalls durch Leistungssanktionen flankiert (Fordern). (vgl. ebd.: 259f). Die Dimension der *Employability* zielt darauf ab, die Arbeitsfähigkeit der Betroffenen wieder herzustellen. Vermittlungshemmnisse sollen durch Weiterbildung und Trainingsmaßnahmen überwunden bzw. reduziert, die fachliche Kompetenz sowie die Leistungsfähigkeit erhöht werden, um die Betroffenen wieder auf dem Arbeitsmarkt zu (re-) integrieren (Fördern) (vgl. ebd.: 263). Die *Zivilgesellschaft* soll dabei helfen den Staat dort zu entlasten, wo es ihr möglich ist, damit sich sozialstaatliche Institutionen auf die Gesellschaftsmitglieder konzentrieren können, welche die monetäre Unterstützung am meisten benötigen (vgl. Giddens 1999: 101).

Stephan Lessenich spricht in diesem Zusammenhang von einer „neozozialen Gouvernementalität“ (Lessenich 2008: 84), einer neuen Politik des Sozialen, die das Verhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft neu definiert. Der aktivierende, investive Sozialstaat gehe dabei über eine arbeitsmarktpolitische Neuordnung hinaus und fordere von den gesellschaftlichen Subjekten Mobilität und Aktivität in allen Lebensbereichen und Lebensphasen (vgl. ebd.: 76).

Das Aktive wird aber nicht ihrer selbst willen abverlangt, sondern dem Gemeinwohl wegen (vgl. ebd.). Es wird auf die Erschaffung eines proaktiven Subjektes gesetzt, das als „unternehmerisches Selbst“ (ebd.: 83) eigenverantwortliche Vorsorge betreibt und so die Allgemeinheit entlastet. Die Gesellschaft wird so zum Bezugspunkt des Sozialen. Demnach sei es sozial, wenn das Individuum im Interesse der Allgemein-

heit die eigene Hilfebedürftigkeit durch Eigenverantwortung und Vorsorge vermeidet oder zumindest verringert (vgl. ebd.: 17). Unsozial seien hingegen „arbeitsunwillige, risikopräventionsverweigernde, aktivierungsresistente Subjekte“, die „in diesem Kontext als eine Bedrohung des Sozialen“ (ebd.: 95) erscheinen.

Die Selbststeuerung ist dadurch geprägt, dass Regieren nicht mehr allein durch Disziplinierung und Repression durchgesetzt wird, sondern dass die Akteure Prämissen und Ziele dieser Politik internalisieren und sich dadurch zu eigen machen. Wenn das „unternehmerische Selbst“ von den Idealen der Aktivgesellschaft überzeugt ist, dann erscheint es in ihrem eigenen Interesse, deren Normen einzuhalten und dies auch von anderen Gesellschaftsmitgliedern einzufordern (vgl. ebd.: 83). Was aber nicht bedeutet, dass repressive Maßnahmen aus der politischen Praxis völlig verschwinden. Den Aktivierungsverweigerern wird hingegen im Zeichen des Forderns mit Kontrolle und Repression begegnet, da ihre Passivität als Devianz empfunden wird (vgl. Rinn 2009a).

Durch die Erhöhung des Gemeinwohls zur moralischen Instanz werden Diskriminierung und Exklusion von unterstützungsbedürftigen Individuen gefördert, die unter den Generalverdacht der Mobilitäts- und Aktivitätsverweigerung geraten (vgl. Lessenich 2008: 94). Die Subjekte werden nun „am Grad ihrer Gesellschaftlichkeit, an der Erfüllung ihrer ‚individuellen Pflicht zum verantwortlichen Umgang mit den gemeinsamen Ressourcen‘ (Schmidt-Semisch 2000: 171)“ (ebd.: 95) gemessen. Hilfebedürftige werden in diesem Sinne als unverantwortlich und als unsozial kategorisiert, weil sie dem Gemeinwohl schaden (vgl. ebd.).

Diese Interpretation der Aktivierungspolitik als eine Politik des Neosozialen, die an der Mobilität und Aktivität der Individuen ausgerichtet ist, erscheint für die Bewertung des Unterschichtendiskurses im sozialstaatlichen Kontext als sehr hilfreich. Daher soll im anschließenden Teil eine Einordnung des Unterschichtendiskurses als Politik des Neosozialen vollzogen werden.

4.2.2 Die „neue Unterschicht“ im Kontext sozialstaatlicher Transformation

Mit der Darstellung der „neuen Unterschicht“ verbindet sich meist der beschriebene Vorwurf der Immobilität, Passivität und Unproduktivität, die das Soziale, das Ge-

meinwohl belasten. Insbesondere bei Nolte finden sich viele Aspekte einer Politik des Neosozialen. Selbststeuerung und Vorsorge drücken sich bei ihm im „Prinzip der Verantwortung“ (Nolte 2005: 127) aus – in seinem Sinne das Kernstück einer neuen Sozialpolitik. Am Beispiel des Gesundheitssystems rückt Nolte die Gesellschaft als Bezugspunkt des Sozialen ins Zentrum. Übergewicht und Fettleibigkeit sieht er bspw. nicht als eine Privatangelegenheit, sondern als kollektiven Risikofaktor an. Nolte stellt die rhetorische Frage, ob „in einer freien, pluralistischen Gesellschaft nicht jeder nach Lust und Laune dick oder dünn sein“ (ebd.: 63) dürfe? Dies verneint er mit dem Verweis darauf, dass es sich dabei um ein Verhalten handele, „das Folgekosten für die Allgemeinheit zeitigt, [...] weswegen Ernährung eben nicht als Sache jedes Einzelnen“ (ebd.: 64) betrachtet werden könne. Die Vermeidung der Belastungen für die Allgemeinheit durch Verhaltensänderungen der Bevölkerung im Allgemeinen und der Unterschicht im Speziellen beschränkt sich bei ihm aber nicht auf das Gesundheitssystem, sondern erstreckt sich auf eigentlich alle Bereiche des Sozialstaates.

Ebenso wie Nolte Eigenverantwortung und Vorsorge von der Unterschicht fordert, tun dies auch die medialen Akteure dieser Debatte. Die Skandalisierung der Unterschicht finde meist im Kontext des Sozialstaates statt, der dadurch belastet werde. Daher ist die Unterschichtendebatte immer auch als ein Sozialstaatsdiskurs zu verstehen. Die Passivität, die in der Mediendebatte ausgiebig dargestellt wurde, wird ihnen zum Vorwurf gemacht. Man fordert von der Unterschicht das gleiche proaktive, eigenverantwortliche Handeln wie von allen anderen Gesellschaftsmitgliedern auch. Ihre scheinbare Verweigerung der Aktivität wird als unsozial empfunden, weil sie ihrer „Pflicht zum verantwortlichen Umgang mit den gemeinsamen Ressourcen“ nicht nachkommen.

Eine solche Deutung ist freilich nur möglich, wenn ihre soziale Lage als selbstgewählt interpretiert wird. Dies mache einen repressiven Umgang mit der Unterschicht erforderlich, da sie sich mit ihrer Bewegungsverweigerung außerhalb des Konsenses der Aktivgesellschaft stelle und damit der Gemeinschaft schade.

Auf diese Weise vollzieht sich ein Prozess der Entsolidarisierung. Durch die Diskreditierung des Sozialanspruchs der Unterschicht wird ihre Leistungsberechtigung und damit zugleich der Gleichheitsgrundsatz infrage gestellt. Da sich die Mittel-

schicht „umzingelt von unangepassten, unwilligen und potenziell kriminellen Gesellschaftsmitgliedern“ (Kessl 2005: 40) sieht, hält sie Leistungskürzungen oder zumindest die Vermeidung von Leistungserhöhungen für gerechtfertigt. „Soziale Ausschließung ist somit zu einem legitimen Mittel der Gesellschaftspolitik geworden“ (Wagner 2009: 42).

Eine Politik der Prävention und Eigenverantwortung bedeutet eine Individualisierung sozialer Risiken. Die Ansprüche, die die Individuen in Notlagen bisher an die Gesellschaft, also an den Sozialstaat richten konnten, sollen sie nun in präventiver Weise an sich selbst stellen (vgl. Heit et al. 2007: 64). Dabei ist die versprochene Freiheit, die der Eigenverantwortungsanspruch proklamiert, eigentlich das genaue Gegenteil. Die zunehmende Rekommodifizierung des Wirtschaftssubjektes bringt vielmehr Freiheitsverluste durch höhere Marktabhängigkeit mit sich (vgl. Butterwegge et al. 2008: 167). Vor allem wird ignoriert, dass es Menschen gibt, denen es trotz enormer Anstrengung aus sozialen, psychischen oder auch ökonomischen Gründen nicht gelingt, den Anforderungen von Aktivität und Vorsorge zu genügen.

In der Logik der „neosozialen Gouvernamentalität“ wird auch die Vorstellung von Gerechtigkeit reformuliert. Diese lässt sich auf drei Ebenen registrieren. *Erstens* wird die *Bedarfs-* zur *Leistungsgerechtigkeit* uminterpretiert. Peer Steinbrück formuliert die politische Strategie zu dieser Umdeutung in einem Gastbeitrag der Wochenzeitung DIE ZEIT so:

„Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern“ (Steinbrück 2003).

Zweitens ist eine Verschiebung von der *Verteilungs-* zur *Teilhabegerechtigkeit* festzustellen. Hier wird Gerechtigkeit nicht als materielle Gleichheit, sondern als Gleichheit der Chancen verstanden. Dabei wird die Bedeutung von Bildung als Chance besonders betont (vgl. (Butterwegge 2009a: 199). *Drittens* findet eine Neuformulierung der *sozialen Gerechtigkeit* als *Generationengerechtigkeit* statt. Butterwegge merkt dazu an, dass dieser politische „Kampfbegriff“, *Generationengerechtigkeit*, dazu diene, durch einen vermeintlichen Generationenkonflikt von der weiterhin gültigen gesellschaftlichen Spaltung zwischen Arm und Reich abzulenken

(vgl. ebd.: 203f.). Dabei wird außer Acht gelassen, dass jegliche Form von Teilhabe immer auch monetärer Mittel bedarf, denn Entscheidungsfreiheit setzt immer auch ein Mindestmaß an materieller Unabhängigkeit voraus (vgl. ebd.: 197).

Mit der „neozialen Gouvernamentalität“ der Aktivgesellschaft geht der Sozialpolitik jeglicher Charakter eines *emanzipatorischen* Projektes verloren, das die Menschen von Zwängen in der Lebensführung befreit. Aber auch eine nachteilsausgleichende *kompensatorische* Sozialpolitik wird durch eine *kompetitive* Sozialpolitik ersetzt, die auf ein reibungsloses Funktionieren der gesellschaftlichen Subjekte und die Verinnerlichung des Konkurrenzprinzips abzielt.

Schluss

In der medialen Debatte von 2006 wird die vermeintlich „*neue Unterschicht*“ als antriebslose, apathische und homogene Masse dargestellt, in der Verwahrlosung von der Ernährung über die Erziehung bis zur Sexualität vorherrschend. Die verbreitete Bildungsarmut und die Generosität des Sozialstaates, die zur Herausbildung einer eigenen „*Unterschichtskultur*“, einer „*Kultur der Abhängigkeit*“, beigetragen hätte, werden von den meisten Protagonist_innen der Debatte als Ursache für die Entstehung der Unterschicht ausgemacht.

Paul Nolte, der als Vordenker und Theoretiker der „*neuen Unterschicht*“ einzuordnen ist, hat viele Aspekte und Thesen des Unterschichtendiskurses von 2006 bereits vorweggenommen. Sein als *kulturalistische Klassentheorie* eingeordneter Ansatz ist ein Rückschritt hinter theoretische und empirische Ergebnisse der letzten Jahrzehnte. Sie moralisiert die Lebenslage der Unterschicht und überbetont horizontal-kulturelle Ursachen. Eigentlich kann daher auch nicht von einer Klassentheorie im engeren Sinne gesprochen werden, weil es ihr dafür an vertikalen Begründungen mangelt.

Die starke Betonung von Bildung als Ursache und Lösung zugleich – die bei Nolte, in den Medien und der Politik gleichermaßen anzutreffen sind – verweist auf den Versuch, mit meritokratischen Idealen die Ursache der Armutslagen der Unterschicht zu individualisieren.

Zur ersten These: Es konnte gezeigt werden, dass die „*neue Unterschicht*“ auf eine lange Tradition zurückgreift. Ihre Wurzeln reichen bis zu der mittelalterlichen Kategorie der „*unwürdigen Armen*“ zurück und verlaufen über die „*gefährlichen Klassen*“ im 19. Jahrhundert bis zur „*Culture of Poverty*“ und der *Underclass* in den USA. All diesen Kategorien ist gemeinsam, dass sie Armut und Arbeitslosigkeit individualisieren sowie kulturalisieren.

Die „klassischen“ Missbrauchsdebatten der Bundesrepublik ab den 1970er Jahren haben den deutschen Unterschichtendiskurs zwar wohl erst ermöglicht, doch sind diese Debatten von der Inszenierung der „*neuen Unterschicht*“ zumindest so weit abzugrenzen, dass die Ursachen nicht kulturalisiert wurden. In Anlehnung an die eingangs erwähnte Diskurstheorie kann man sagen, dass mit der Unterschichten-debatte eine Verschiebung von einem *erwerbsarbeitszentrierten Inklusionsdiskurs (SID)* zu einem *kulturalistischen „Underclass“-Diskurs (MUD)* zu verzeichnen ist. So lässt sich diese Entwicklung auch als eine (re-)moralisierende Klassifikation materieller Deprivation bezeichnen.

Zur zweiten These: Die Unterschichtendebatte kann als konstruiert und inszeniert bezeichnet werden, da weder die mediale noch die wissenschaftliche Darstellung durch empirisches Material abgedeckt ist. Stattdessen werden besonders heftige Einzelfälle herausgegriffen, um als Beleg für ein vermeintlich massenhaft verbreitetes Phänomen herangezogen zu werden. Mit einigen Zahlen konnten die zentralen Thesen der „*neuen Unterschicht*“ weitgehend entkräftet werden. Besonders die *dynamische Armutsforschung* – wie Forschungsergebnisse in den USA – haben gezeigt, dass Armutslagen weniger verfestigt sind, als allgemein angenommen wird. Auch der angebliche Kinderreichtum der Unterschicht lässt sich relativ klar mit Zahlenmaterial widerlegen.

Die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, die zunehmende Einkommenspolarisierung und der Anstieg von Arbeitslosigkeit haben zu einer starken Verunsicherung in der Mittelschicht beigetragen. Auch wenn deren Abstiegsängste nicht völlig mit der sozialstrukturellen Realität korrespondieren, so hat die Schrumpfung der gesellschaftlichen Mitte seit der Jahrtausendwende signifikant zugenommen.

Daher ist der Unterschichtendiskurs auch als die Bedienung von Distinktionsbedürfnissen der verunsicherten Mitte zu begreifen. Durch die Abwertung der Unterschicht erfährt die – für die Bundesrepublik gesellschaftspolitisch bedeutende und identitätsstiftende – Mittelschicht eine Aufwertung. Aus konservativer Perspektive werden auf die Unterschicht all jene negativen Entwicklungen projiziert, die in den vergangenen Jahren zu einem „Verfall“ bürgerlicher Werte und zur „Bedrohung“ eines konservativen Familienbildes geführt habe. So dient die Diffamierung der Unterschicht neben

der Abgrenzung der Mittelschicht auch der Neuausrichtung konservativ-bürgerlicher Politik.

Zur dritten These: Gleichzeitig zur Abgrenzung ist der Debatte auch eine Disziplinierungsfunktion immanent. Dem integrierten Teil der abhängig Beschäftigten (der Mittelschicht) kann durch das Abstiegszenario, Unterschicht, arbeitspolitische Zugeständnisse abgerungen werden, da die Inszenierung der Unterschicht ihnen vor Augen führt, was ein sozialer und gesellschaftlicher Abstieg bedeuten kann.

Zur vierten These: Das Reden über die Unterschicht ist meistens nur eine Teildebatte eines Sozialstaatsdiskurses, bei dem die Mittelschicht ebenfalls als Adressat zu vermuten ist. Im Sinne einer neosozialen Politik wird das Soziale gesellschaftszentriert neu definiert. Eigenverantwortung und Prävention werden zum Kern einer sozialstaatlichen Transformation zur Aktivgesellschaft erhoben, die zu einer Entsolidarisierung der Mittelschicht mit deprivilegierten sozialen Gruppen, zu einer Individualisierung sozialer Risiken und zu einer Reformulierung von Gerechtigkeitsvorstellungen führen. Die Neustrukturierung des Sozialstaates und die Konstruktion der Unterschicht stehen in einem interdependenten Verhältnis. Die dramatisierte Inszenierung der Unterschicht legitimiert eine Politik der Aktivierung und gleichzeitig rechtfertigt diese Politik einen repressiven Umgang mit der Unterschicht, weil ihre Passivität als deviantes Verhalten ausgemacht wird, das gegen die Normen der Aktivgesellschaft verstoße.

Die Funktionen, die mit diesen und anderen Unterschichtendiskursen verbunden sind, lassen sich zusammenfassend auf vier zentrale Punkte bringen. *Erstens:* Diese Debatte ist eine Bedienung von Distinktionsbedürfnissen einer verunsicherten Mittelschicht; *zweiten:* dient sie der Neuausrichtung einer bürgerlich-konservativen Politik; *drittens* ist damit gleichzeitig eine Disziplinierung der Mittelschicht verbunden; und *viertens* lassen sich mit der Existenz der Unterschicht auch sozialstaatliche Transformationsprozesse im Sinne einer Aktivgesellschaft legitimieren.

Grenzen erfährt diese Arbeit vor allem im empirischen Teil, zumal es keine Studie gibt, die die Thesen der „*neuen Unterschicht*“ explizit empirisch aufarbeitet. Andere Beiträge, die die Unterschichtenthesen untersuchen, greifen häufig Studien von Michael Vester auf, deren Ergebnisse hinsichtlich der Thesen der „*neuen Unter-*

schicht“ auch zu wünschen übrig lassen – zumal diese auch nicht die Unterschicht als Untersuchungsgegenstand hat.

Hier musste sich freilich auf eine Debatte konzentriert werden, so wurden aktuellere Diskussionen außen vor gelassen. Man wird sich zukünftig anschauen müssen, welchen Einfluss die eingangs erwähnten Debatten von Sloterdijk, Westerwelle und vor allem Sarrazin auf die öffentliche Meinung haben und inwieweit die kulturalistischen individualisierten Argumentationsmuster dieser Debatten auf Resonanz stoßen.

Gesellschaftspolitisch ist diese Entwicklung, die mit dem Unterschichtendiskurs von 2006 eingeleitet wurde und sich in Teilen in den aktuellen Kontroversen wiederfinden, sehr bedenklich. Das sozialstaatliche Gefüge und die gesellschaftliche Solidarität werden dadurch massiv diskreditiert. Hier darf die US-amerikanische Debatte über die *Underclass* und deren sozialpolitische Folgen als Menetekel betrachtet werden, das den bundesdeutschen Bürger_innen vor Augen führen sollte, wohin solche Diffamierungen führen können. Dazu meint der US-amerikanische Hochschullehrer Mark J. Stern: “[T]he American experience would suggest that Germans would be well advised not to walk too far down the path of the underclass” (2007: 54).

Abkürzungsverzeichnis

ALG I	Arbeitslosengeld I
ALG II	Arbeitslosengeld II
BA	Bundesagentur für Arbeit
bspw.	beispielsweise
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
FAS	Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
H. i. O.	Hervorhebung im Original
MUD	moral underclass discourse
RED	redistributionist egalitarian discourse
SGB II	Sozialgesetzbuch II
SGB III	Sozialgesetzbuch III
SID	social integrationist discourse
sog.	sogenannte
zit. n.	zitiert nach

Literatur

- Andreß, Hans-Jürgen; Kronauer, Martin (2006): Arm – Reich. In: Lessenich, Stephan; Nullmeier, Frank (Hrsg.): Deutschland – Eine gespaltene Gesellschaft. Lizenzausgabe. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 572), S. 28–52.
- Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berberich, Frank (2009): Thilo Sarrazin im Gespräch. Klasse statt Masse. Von der Hauptstadt der Transferleistungen zur Metropole der Eliten. In: Lettre International, H. 86, S. 197–201.
- Bessing, Joachim (2006): Klasse statt Masse. Gastkommentar: Was Familienpolitik sein könnte. In: Welt Online, 19.04.2006. Online verfügbar unter: http://www.welt.de/printwelt/article211397/Klasse_statt_Masse.html, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Bosch, Aida (2010): Konsum und Exklusion. Eine Kulturosoziologie der Dinge. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Bosch, Gerhard; Kalina, Thorsten; Weinkopf, Claudia (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite. In: WSI Mitteilungen, Jg. 61, H. 8, S. 423–430.
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Bourdieu, Pierre: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz, S. 96–102.
- Braun, Stefan (2009): Betreuungsgeld. Gutscheine oder Bares. In: Süddeutsche Zeitung, 23.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/betreuungsgeld-gutscheine-oder-bares-1.125909>, zuletzt geprüft am 14.08.2010.
- Brenke, Karl (2008): Arbeitslose Hartz IV-Empfänger: Oftmals gering qualifiziert, aber nicht weniger arbeitswillig. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 75, H. 43, S. 678–684.
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2010): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland. August 2010. Online verfügbar unter: <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Arbeitsmarkberichte/Monatsbericht-Arbeits-Ausbildungsmarkt-Deutschland/Monatsberichte/Generische-Publikationen/Monatsbericht-201008.pdf>, zuletzt geprüft am 05.09.2010.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Online verfügbar unter: http://www.bmas.de/portal/26896/lebenslagen_in_deutschland_der_3_armuts_und_reichtumsbericht_der_bundesregierung.html, zuletzt geprüft am 27.08.2010.
- Burzan, Nicole (2007): Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien. 3. überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Butterwegge, Christoph (2009a): Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Butterwegge, Christoph (2009b): Beruhigungspille Bildung. Hintergrund. Zur Schlüsselideologie der „Wissengesellschaft“. In: Junge Welt, 16.12.2009, S. 10.
- Butterwegge, Christoph; Lösch, Bettina; Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus. 2., verbesserte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. 2. Auflage. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Castel, Robert (2009): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 21–34.
- Chassé, Karl August (2007): Unterschicht, prekäre Lebenslagen, Exklusion – Versuch einer Dechiffrierung der Unterschichtsdebatte. In: Kessler, Fabian (Hrsg.): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–37.
- Chassé, Karl August (2010): Unterschichten in Deutschland. Materialien zu einer kritischen Debatte. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cremer-Schäfer, Helga (2006): „Not macht erfinderisch“: Zu der Schwierigkeit aus der Moral alltäglicher Kämpfe um Teilhabe etwas über die Umriss einer Politik des Sozialen zu lernen. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 26, H. 99, S. 51–65.
- Der Paritätische Gesamtverband (2008): Was Kinder brauchen... Für eine offene Diskussion über das Existenzminimum für Kinder nach dem Statistikmodell gemäß § 28 SGB XII (Sozialhilfe). Online verfügbar unter: http://www.forschung.paritaet.org/fileadmin/SUBDOMAINS/forschung/Expertise_Kinderregelsatz_web.pdf, zuletzt geprüft am 21.09.2010.
- Dingeldey, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 8/9, S. 3–9.
- Dörre, Klaus (2008): Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 33/34, S. 3–6.
- Elias, Norbert (1990): Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. 15. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Bd. 2).
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2006): Gesellschaft im Reformprozess. Die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht Reformbereitschaft der Deutschen. Online verfügbar unter: http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf, zuletzt geprüft am 08.08.2010.
- Fuchs-Heinritz, Werner; König, Alexandra (2005): Pierre Bourdieu. Eine Einführung. Konstanz: UVK-Verlagsgesellschaft.
- Gans, Herbert J. (1992): Über die positive Funktion der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der „underclass“ in den USA. In: Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderhefte 32), S. 48–62.
- Gans, Herbert J. (1995): The war against the poor. The underclass and antipoverty policy. New York: BasicBooks.
- Geißler, Rainer (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48, H. 2, S. 319–338.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goebel, Jan; Goring, Martin; Häußermann, Hartmut (2010): Polarisierung der Einkommen: Die Mitte verliert. In: DIW-Wochenbericht, Jg. 77, H. Nr. 24, S. 2–8.
- Goetze, Dieter (1992): „Culture of Poverty“ – Eine Spurensuche. In: Leibfried, Stephan; Voges, Wolfgang (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie: Sonderhefte 32), S. 88–103.

- Heinsohn, Gunnar (2006): Zwei – nicht mehr und nicht weniger. In: Welt Online, 20.05.2006. Online verfügbar unter: http://www.welt.de/print-welt/article218169/Zwei_nicht_mehr_und_nicht_weniger.html, zuletzt geprüft am 06.08.2010.
- Heinsohn, Gunnar (2010): Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen. In: FAZ.net, 16.03.2010. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/s/Rub0B44038177824280BB9F799BC91030B0/Doc~E0AC5A2CD5A6A481EABE50FAE2AEBA30B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, zuletzt geprüft am 11.08.2010.
- Heit, Catrin; Klein, Alex; Landhäußer, Sandra; Ziegler, Holger (2007): Das Elend der Sozialen Arbeit – Die „neue Unterschicht“ und die Schwächung des Sozialen. In: Kessl, Fabian (Hrsg.): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 55–79.
- Herrmann, Ulrike (2010): Hurra, wir dürfen zahlen. Der Selbstbetrug der Mittelschicht. 4. Auflage. Frankfurt am Main: Westend Verlag.
- Hoffmann, Andreas (2009): Thilo Sarrazin: „Kinder kann kriegen, wer damit fertig wird“. In: Stern.de, 13.05.2009. Online verfügbar unter: <http://www.stern.de/panorama/thilo-sarrazin-kinder-kann-kriegen-wer-damit-fertig-wird-700617.html>, zuletzt geprüft am 08.08.2010.
- Kemper, Andreas (2010): Elterngeld: Eine sozialeugenische Maßnahme. The Dishwasher. Das Magazin für studierende Arbeiterkinder. Online verfügbar unter <http://dishwasher.blogspot.de/2010/01/15/elterngeld-eine-sozialeugenische-massnahme/>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Kemper, Andreas; Weinbach, Heike (2009): Klassismus. Eine Einführung. Münster: Unrast.
- Kessl, Fabian (2005): Das wahre Elend? Zur Rede von der „neuen Unterschicht“. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 25, H. 98, S. 29–42.
- Kessl, Fabian (Hrsg.) (2007): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kessl, Fabian; Reutlinger, Christian; Ziegler, Holger (2007): Erziehung zur Armut? Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“ – eine Einführung. In: Kessl, Fabian (Hrsg.): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7–15.
- Klein, Alex; Landhäußer, Sandra; Ziegler, Holger (2005): The Salient Injuries of Class: Zur Kritik der Kulturalisierung struktureller Ungleichheit. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 25, H. 4, S. 45–74.
- König, Jens (2006): Eine arme Debatte. Wie Medien und Politik aus einem urplötzlich entdeckten Skandal ihren Nutzen ziehen wollen. In: Die Tageszeitung (TAZ), 18.10.2006. Online verfügbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2006/10/18/a0124>, zuletzt geprüft am 11.08.2010.
- König, Jürgen (2005): Das Comeback der Bürgerlichkeit. Historiker Nolte über den Wertewandel in Deutschland Deutschlandradio Kultur. Ausgestrahlt am 27.12.2005. Online verfügbar unter: <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/kulturinterview/451770/>, zuletzt geprüft am 15.09.2010.
- Kronauer, Martin (2010): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.
- Kull, Silke; Oshmiansky, Frank; Schmid, Günther (2003): Faule Arbeitslose. Politische Konjunkturen und Strukturprobleme der Missbrauchsdebatte. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, H. 1, S. 3–31.
- Leisering, Lutz (2008): Dynamik von Armut. In: Huster, Ernst-Ulrich; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/ GWV Fachverlage GmbH, S. 118–132.

- Lengfeld, Holger; Hirschle, Jochen (2009): Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984–2007. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 38, H. 5, S. 379–398.
- Lessenich, Stephan (2006): Du bist Unterschicht: Zur Remoralisierung sozialer Ungleichheit. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Jg. 36, H. 145, Nr. 4, S. 611–614.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Lessenich, Stephan (2009): Das Elend der Mittelschichten. Die „Mitte“ als Chiffre gesellschaftlicher Transformation. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 29, H. 1, S. 19–28.
- Logeay, Camille; Zwiener, Rudolf (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwung. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 61, H. 8, S. 415–422.
- Lugert, Verena (2007): Die Frauen vom Harthof. In: Stern.de, 10.03.2007. Online verfügbar unter: http://www.stern.de/politik/deutschland/gesellschaft-die-frauen-vom-harthof-584062.html?nv=ct_cb, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Marquardsen, Kai (2007): Was ist „Aktivierung“ in der Arbeitsmarktpolitik. In: WSI Mitteilungen, Jg. 60, H. 5, S. 259–265.
- Marx, Karl (1867/2007): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. 38. Auflage, unveränderter Nachdruck der 11. Auflage 1962. Berlin: Dietz Verlag (MEW 23).
- Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848/1971): Manifest der Kommunistischen Partei. Berlin: Dietz Verlag (MEW 4).
- Merkel, Angela (2006): Rede von Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Arbeitgebtag 2006. Online verfügbar unter: http://www.bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Archiv16/Rede/2006/11/2006-11-07-rede-bkin-arbeitgebtag.html, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Milewski, Nadja; Vetter, Ulrich (2010): Geburtenzahlen sinken auch bei Migrantinnen: Schon die zweite Generation passt sich an. Institut für Soziologie und Demographie. Online verfügbar unter: <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/202212/>, zuletzt geprüft am 03.09.2010.
- Neckel, Sighard; Sutterlüty, Ferdinand (2005): Negative Klassifikationen. Konflikte um die symbolische Ordnung sozialer Ungleichheit. In: Heitmeyer, Wilhelm; Imbusch, Peter (Hrsg.): Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz Verlag.
- Nolte, Paul (2003): Das große Fressen. In: DIE ZEIT, Ausgabe 52, 17.12.2003. Online verfügbar unter: http://www.zeit.de/2003/52/Essay_Nolte, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Nolte, Paul (2005): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Lizenzausgabe. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 466).
- Nolte, Paul (2006): Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus. München: Beck.
- o. V. (2005): FDP-Politiker Bahr zur Familienpolitik. „In Deutschland kriegen die Falschen die Kinder“. In: tagesschau.de, 24.01.2005. Online verfügbar unter: <http://www.tagesschau.de/inland/meldung202404.html>, zuletzt geprüft am 27. Juni 2010.
- o. V. (2006): „Prekariat“ statt „Unterschicht“. In: FAZ.net, 16.10.2006. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc~EFA58F985FD9E4D2E9F4BCF7D9FA37B60~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, zuletzt geprüft am 11.08.2010.

- o. V. (2006b): Armut in Deutschland. Koalition entdeckt die Unterschicht. In: Spiegel Online, 16.10.2006. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,442819,00.html>, zuletzt geprüft am 13.08.2010.
- o. V. (2010): Von der Leyen will kostenlose Bildung für alle Kinder. In: ZEIT Online, 14.8.2010. Online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-08/leyen-bildungskarte-kinder>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Poschardt, Ulf (2006): Die Unterschicht und ihre falschen Freunde. In: Welt Online, 23.10.2006. Online verfügbar unter: http://www.welt.de/politik/article89370/Die_Unterschicht_und_ihre_falschen_Freunde.html, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Pöttsch, Birgitt (2005): Über 40 Prozent kinderlos. „Akademikerinnen finden oft keinen Partner“. In: Spiegel Online, 07.09.2005. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,373449,00.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Retz, Mike (2010): Der vermeintliche Aufstieg durch Bildung. Reproduktionsmechanismen des kulturellen Kapitals. In: The Dishwasher. Das Magazin für studierende Arbeiterkinder, Jg. 1, H. 2, S. 26–29.
- Rinn, Moritz (2009a): Aktivieren und Strafen. Integrative und ausschließende Strategien gegenwärtiger Arbeitsmarkt- und Kriminalpolitik. Oldenburg: BIS-Verlag.
- Rinn, Moritz (2009b): Die Wiederentdeckung der gefährlichen Klassen. Strategische Politiken der „Arbeitslosigkeit“, Armut und Kriminalisierung. In: Lange, Dirk; Retz, Mike (Hrsg.): Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung im „Aufschwung“. Tagungsband des 2. Wissenschaftlich-Politischen Symposiums der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) an der Carl von Ossietzky Universität. Oldenburg: BIS-Verlag, S. 79–98.
- Sandner, Günther (2002): Der „Dritte Weg“ der Sozialdemokratie. In: Politik und Zeitgeschehen, H. 10, S. 1–28. Online verfügbar unter: <http://www1.voegb.at/bildungsangebote/skripten/pzg/PZG-10.pdf>.
- Schelsky, Helmut (1965): Die Bedeutung des Schichtungsbegriffes für die Analyse der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft. In: Schelsky, Helmut: Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze. Düsseldorf-Köln: Eugen Diederichs Verlag, S. 331–336.
- Schirmacher, Thomas (2007): Die neue Unterschicht. Armut in Deutschland. Holzgerlingen: Hänssler-Verlag.
- Schmid, Thomas; Schmiere, Wulf (2010): „Die Anfangseuphorie hat vieles überblendet“. Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck über den Gesundheitskompromiß, die Krise der schwarzroten Koalition und den EU-Beitritt der Türkei. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 08.10.2010, S. 4.
- Siems, Dorothea (2009a): Abgehängtes Prekariat. Diese Gruppen gehören zur Unterschicht. In: Welt Online, 01.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5045843/Diese-Gruppen-gehoren-zur-Unterschicht.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2010.
- Siems, Dorothea (2009b): Geld als falsches Signal. Sozialstaat fördert Entstehen der Unterschicht. In: Welt Online, 01.11.2009. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article5045617/Sozialstaat-foerdert-Entstehen-der-Unterschicht.html>, zuletzt geprüft am 06.08.2010.
- Simmel, Georg (1992): Der Arme. In: Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Bd. 11), S. 512–555.
- Sloterdijk, Peter (2009): Die Zukunft des Kapitalismus (8). Die Revolution der gebenden Hand. In: FAZ.net, 13.06.2009. Online verfügbar unter: <http://www.faz.net/s/Rub9A19C8AB8EC84EEF8640E9F05A69B915/Doc~E3E570BE344824089B6549A8283A0933B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

- Statistisches Bundesamt (2005): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. 2., aktualisierte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe, 450).
- Statistisches Bundesamt (2008): Neue Beschäftigungsformen prägen Arbeitsmarktentwicklung. Pressemitteilung Nr. 340 vom 09.09.2008. Wiesbaden.
- Steinbrück, Peer (2003): Etwas mehr Dynamik, bitte. In: DIE ZEIT, Ausgabe 47, 13.11.2003. Online verfügbar unter: http://www.zeit.de/2003/47/Steinbr_9fck, zuletzt geprüft am 14.09.2010.
- Steingart, Gabor (2006a): Sozialer Verfall. Die neuen Proleten. In: Spiegel Online, 16.09.2006. Online verfügbar unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,436351,00.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Steingart, Gabor (2006b): Weltkrieg um Wohlstand. Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München: Piper.
- Stern, Mark J. (2007): Becoming Mainstream: From the Underclass to the Entrepreneurial Poor. In: Kessler, Fabian (Hrsg.): Erziehung zur Armut. Soziale Arbeit und die „neue Unterschicht“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 39–54.
- Sturm, Daniel Friedrich (2006): Forscher: „Da regiert Hoffnungslosigkeit“. In: Welt Online, 18.10.2006. Online verfügbar unter: http://www.welt.de/print-welt/article88029/Forscher_Da_regiert_Hoffnungslosigkeit.html, zuletzt geprüft am 06.08.2010.
- Tunnat, Lara (2005): Geschlechtersensible Sprache. HAWK, Frauen- und Gleichstellungsbüro. Online verfügbar unter: http://www.hawk-hhg.de/hochschule/media/Geschlechtersprache_2.pdf, zuletzt geprüft am 21.09.2010.
- Uske, Hans (1995): Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit. Duisburg: DISS.
- Wagner, Thomas (2009): Gibt es eine „neue“ Unterschicht? Ein Beitrag gegen Entsolidarisierung. In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Jg. 29, H. 1, S. 29–48.
- Westerwelle, Guido (2010): An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. In: Welt Online, 11.02.2010. Online verfügbar unter: <http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-denkt-niemand.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Wiegel, Gerd (2009): Eliten-Rassismus à la Sarrazin. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Jg. 54, H. 12, S. 27–29.
- Wüllenweber, Walter (2004): Das wahre Elend. In: Stern.de, 23.12.2004. Online verfügbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/unterschicht-das-wahre-elend-533666.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Wüllenweber, Walter (2006): Neue Armut: Spiel nicht mit den Schmuttelkindern. In: Stern.de, 28.10.2006. Online verfügbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/neue-armut-spiel-nicht-mit-den-schmuttelkindern-574928.html>, zuletzt geprüft am 11.08.2010.
- Wüllenweber, Walter (2007a): Die neue Klassengesellschaft. In: Stern.de, 1.09.2007. Online verfügbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/deutschland-die-neue-klassengesellschaft-596663.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.
- Wüllenweber, Walter (2007b): Voll Porno! In: Stern, 5.02.2007. Online verfügbar unter: <http://www.stern.de/politik/deutschland/sexuelle-verwehrlosung-voll-porno-581936.html>, zuletzt geprüft am 23.09.2010.